

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Str. 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Arbeitskammeregesetzentwurf und die Scharfmacher.

Der Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern, der von der Reichsregierung am 4. Februar im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden ist, hat in der Öffentlichkeit eine recht geteilte Aufnahme gefunden. Befriedigt ist durch diesen Gesetzesentwurf wohl eigentlich niemand. Einhellig hat sich die Arbeiterpresse gegen ihn ausgesprochen; in Arbeiterkreisen wird diese Vorlage nur als eine Verhöhnung der Arbeiterschaft empfunden. Auch die Presse der bürgerlichen Parteien hatte zum Teil scharfe Worte der Kritik gegen den Gesetzesentwurf, welche Kritik auch im Reichstag in der letzten sozialpolitischen Debatte ein Echo fand. Bemerkenswert ist aber, daß selbst das organisierte Scharfmachertum in diese Kritik einstimmt, und das, obwohl der ganze Arbeitskammeregesetzentwurf doch nur den Geist der Scharfmacher atmet, obwohl er doch nur eine Verhöhnung des Verlangens der Arbeiter nach einer Interessenvertretung bedeutet.

Die Scharfmachervereinigungen haben sich sehr eingehend mit der Vorlage beschäftigt. Im Verein deutscher Unternehmerverbände ist man nach der „Arbeiter-Zeitung“ mit dem Entwurf höchst unzufrieden. „Der Entwurf müsse von Grund aus umgeändert werden, da man sonst die von der Sozialdemokratie geforderten Arbeiterkammern als das kleinere Übel ansehen würde. Das Gesetz verstoße gegen alle Gerechtigkeit, insofern es aus zwei in ihren Interessen sich diametral gegenüberstehenden Interessengruppen unter der Leitung eines stimmberechtigten unbeteiligten Vorsitzenden eine amtliche Instanz herstellen und diesem Gebilde die Befugnis einer wirklichen Kammer zuweisen wolle.“ Hauptsächlich nimmt man an dem „unbeteiligten“ Vorsitzenden Anstoß, der sich je nachdem „auf die eine oder die andere Seite der beiden gegenüberstehenden Interessengruppen schlagen“ werde, so daß unter Umständen auch die Arbeiter bei einer der Kammer vorgelegten Frage siegen könnten. Daß auch nur die Möglichkeit der Abgabe eines Kammergutachtens im Sinne der Arbeiter gegeben ist, das allein schon ist für die Scharfmacher unerhört! Ihre Kritik richtet sich aber auch gegen die §§ 2, 3, 4 und 6 des Gesetzesentwurfes, in denen die Aufgaben der geplanten Arbeitskammern angegeben sind. Man will solchen Kammern nicht das Recht einräumen, über die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen oder gar über grundsätzliche Fragen des Arbeitsverhältnisses zu entscheiden, besonders nicht, solange ein „unbeteiligter Vorsitzender“ darüber mit entscheidet, dessen Objektivität unter Umständen den Arbeitern zugute kommen könnte. Die Scharfmacher vom Verein deutscher Arbeitgeberverbände, von denen in den letzten Jahren in der Hauptsache die großen Aussperrungsaktionen gegen die Gewerkschaften ausgingen, erblicken in den Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage schließlich „eine schwere Gefahr für die gesamte deutsche Industrie, weil sie zur Verschärfung der Gegensätze führen werden“. Deshalb stimmen sie lieber noch reinen Arbeiterkammern als Arbeitskammern im Sinne des vorliegenden Gesetzesentwurfes zu. Man kann den Eindruck nicht los werden, als wenn diese Gegnerschaft nur maskiert werde, um die Kritik der organisierten Arbeiter an dem Gesetzesentwurf dadurch auszugleichen und das Zustandekommen eines arbeiterfreundlichen Gesetzes zu vereiteln.

Auch der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks S. O. L., eine der ältesten und einflussreichsten Scharfmacherorganisationen im Reich, hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Arbeitskammeregesetzentwurf beschäftigt. Auch hier wurde die Notwendigkeit einer Verbesserung und Umgestaltung der Vorlage im Sinne des Scharfmachertums ausgesprochen. Der Grundgedanke des Entwurfs sei zwar ideal schön, aber... die bösen Sozialdemokraten könnten selbst mit dieser siebenmal gestellten, nur auf den Schein berechneten Interessenvertretung der Arbeiter gesetzgeberische Erfolge erzielen, deshalb Vorsicht! Bedenklich ist für die Kölner Industriellen auch, daß den Unternehmern „unbilligerweise“ sämtliche Kosten der Einrichtung auferlegt wären. Wie wenn es nicht selbstverständlich und billig wäre, daß die Unternehmer die Kosten einer Ein-

richtung zahlen, die auf die Scharfmacherinteressen zugeschnitten ist. Schließlich erregt die Vorlage deshalb die Bedenken der Scharfmacher, weil sie „leicht zur Bildung von Zwangsorganisationen der Arbeiter als Wahlkörper für die Arbeitskammern führen“ kann. Und Organisationen der Arbeiter sind den Scharfmachern immer ein Greuel. Ja, wenn es sich um gelbe Gewerkschaften handelte... .

Dann hat der bedeutendste deutsche Scharfmacherverband, der Zentralverband deutscher Industrieller, sich mit der Vorlage beschäftigt. Herr Axel Bueck referierte. Er fand manch treffendes Wort der Charakteristik. Nach ihm hat die Regierung, die doch nun einmal etwas bieten mußte, die Vorlage „so ungefährlich wie nur möglich zu gestalten“ versucht. Für ihn ist es auch „verständlich“, daß der Modus der Wahl der Arbeitervertreter zu den Arbeitskammern „von den Arbeitern und ihren Organisationen mit Entrüstung zurückgewiesen wird“. Denn die Arbeiterausschüsse seien als Wahlkörper nicht geeignet, und die Arbeitervertreter für die Unfallversicherung seien ja aus einer fünfmal gestiebten Wahl hervorgegangen. Auch die Aufgaben der Kammern sind Herrn Bueck zu weitreichend; weiter befürchtet er durch sie ein Zurückdrängen des Einflusses der Handelskammern, der gesetzlichen Interessenvertretungen des Großunternehmertums. Das Nabeliegendste wäre ja nun, auch den Arbeitern eine reine Interessenvertretung einzuräumen, also Arbeiterkammern zu schaffen. Dazu will sich der Industriellenverband aber nicht verstehen, um auch den Einfluß der Arbeiter nicht zu stärken; deshalb lehnt er, was für ihn einfacher ist, die Vorlage kurzweg ab.

Im Grunde genommen sind das alles nur Scheinmanöver der Scharfmacher. Die Herrschaften wissen gut genug, daß die Regierung in der Arbeitskammerfrage schließlich etwas tun muß, nachdem die kaiserlichen Februarerlasse vor 18 Jahren schon solche Arbeitervertretungen verheißt und der Reichstag sie wiederholt gefordert hat; nachdem schließlich der Blochreichstag nach den vielen großen Worten auch einmal Taten sehen lassen muß. Schließlich wissen die Scharfmacher auch, daß die Arbeitskammervorlage für sie — um mit Herrn Bueck zu reden — „so ungefährlich wie nur möglich ist“, daß sie Arbeitervertretungen schaffen, die — um mit der „Arbeiter-Zeitung“ zu reden — höchstens mit den — Eisenbahnbeiräten zu vergleichen sind: ein Schaugericht für die Armen. Die Kritik der Scharfmacher an dem Gesetzesentwurf ist also nur ein Mittel, um auch nach dem jetzigen Zeitpunkt zurechtgemacht sein: Man so tun!

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf dem Kriegspfad.*

Im rheinisch-westfälischen Bauberuf bereitet sich ein schwerer Kampf vor, wobei auch unsere Kollegen in einer Anzahl Orte direkt in Mitleidenschaft gezogen werden dürften. Die Aussperrung der Bauarbeiter im Ruhrgebiet im Jahre 1905 hatte im Gefolge, daß unter dem Vorsitz des Beigeordneten der Stadt Essen, Herrn Dr. Wiedefeld, für rund 350 Ortschaften ein Kollektivvertrag für das Baugewerbe zum Abschluß gebracht wurde. Der Geltungsbereich dieses Kollektivvertrages ist während der Vertragsdauer auf eine weitere erhebliche Anzahl von Ortschaften ausgedehnt worden.

Die Kämpfe im Holzgewerbe im Ruhrgebiet brachten es nun mit sich, daß auch unsererseits in den Städten Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Gagen, Herne, Mülheim an der Ruhr, Recklinghausen, Wanne, Camen, Gladbeck, Haspe, Görde und Mengede gleichfalls mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Laufe der Zeit Einzelverträge zum Abschluß kamen. In einigen Orten hat bei diesen Abschlüssen auch der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe mitgewirkt. Als Ablaufstermin all dieser Verträge wurde gleichfalls, wie auch in dem Kollektivvertrag für das Baugewerbe, der 30. April 1908 vorgesehen. Dieser einheitliche Ablaufstermin ist wohl Beweis dafür, daß sich der Arbeitgeberbund schon seit langem mit dem Gedanken eines Kampfes auf der ganzen Linie im Baugewerbe trägt. Daß er aber auch schon seit langer Zeit zum Kampfe rüstet,

* Stehe auch unsere Artikel und Notizen auf S. 407 und 411 des Jahrgangs 1907, Seite 1, 6 und 79 des laufenden Jahrgangs unserer Zeitung.

diesen gewissermaßen heraufbeschrmt, beweist wiederum der von ihm ausgearbeitete neue Vertragsentwurf. Dieser Entwurf steht entgegen den bisherigen eine ganze Reihe von Verschlechterungen für die Arbeiter vor. So zum Beispiel in bezug auf den Arbeitslohn, wo es heißt: Der Stundenlohn für einen tüchtigen Maurergesellen, Zimmerergesellen, Schreiner gesellen usw., während in dem bisherigen Vertrag das Wort „tüchtigen“ nicht vorgesehen ist. Was die Arbeitgeber mit der Einschaltung dieses Wortes bezwecken wollen, ist klar. Sie allein wollen darüber entscheiden, welcher Arbeiter „tüchtig“ ist und welcher nicht. Offenbar denkt man mit dieser Manipulation einen Zwiespalt, aber auch das Schmarozkertum unter der Arbeiterschaft fördern zu können. Andererseits aber wäre damit wohl auch die Normierung irgend einer Lohnhöhe vollständig bedeutungslos, weil es der Arbeitgeber in der Hand hätte, die Arbeiter einfach alle als untüchtig zu taxieren. Ferner ist in dem bisherigen Vertrag vorgesehen, daß für Überzeitarbeit 10 Pfg. für Nachtarbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag gezahlt wird (diese Sätze sind auch in den Tarifen für die Schreiner normiert); nach dem neuen Vertragsentwurf sollen indes nur Zuschläge gewährt werden für Überzeitarbeit 10 Prozent, für Nachtarbeit 25 Prozent und für Sonntagsarbeit 50 Prozent. Sodann besagt der neue Entwurf, daß die Festsetzung der Löhne im ersten, zweiten und dritten Gesellenjahr der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überlassen bleiben soll, während der bisherige Vertrag nur das erste und zweite Gesellenjahr vorsieht. Daß die Ausschaltung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im neuen Vertrag gefordert wird, sei nur nebenbei erwähnt. Den schwerwiegendsten und nachteiligsten Passus für die Arbeiter enthält der § 10 im neuen Entwurf, welcher lautet: Jegliche Agitation und agitatorische Tätigkeit auf der Arbeitsstelle und in der Baubude ist bei sofortiger Entlassung verboten. Doch mit dem Verbieten allein ist es nicht getan.

Glücklicherweise sind die Arbeiter durch ihre Organisationen so erstarzt, daß sie ein gewichtiges Wörtchen über die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzureden in der Lage sind. Den ihnen vom Arbeitgeberbund zugehenden Maulkorb werden sie höchst, aber entschieden ablehnen, weil es wohl als eine Unmaßung bezeichnet werden kann, sich ein Verfügungsrecht über die Arbeiter auch während deren freier Zeit zu erlauben.

Wenn die Arbeitgeber anlässlich der Verhandlungen in Essen (auch in Frankfurt) erklärten, über den Vertragsentwurf mit Zugeständnissen nicht hinausgehen zu können, so kann wohl überhaupt von einer gemeinsamen gegenseitigen Vereinbarung, was doch der Abschluß eines Vertrags an und für sich bedeutet und auch sein soll, füglichweise nicht die Rede sein; dann ist es eben ein Diktum, welches man den Arbeitern aufzwingen will. Aber der Wunschzettel des Arbeitgeberbundes geht noch weiter. Während in dem bisherigen Kollektivvertrag nur die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einbegriffen waren, sollten nunmehr auch alle anderen mit dem Bauberuf verwandten Gewerbe, wie Schreiner, Klempner, Plattenleger, Asphaltseure, Zementseure, Betonarbeiter, Erd- und Grundarbeiter, Stuckateure, Dachdecker usw. mit in das Vertragsverhältnis hineinbezogen, also für alle Berufe ein Einheitsvertrag geschaffen werden. Es hat bei den Verhandlungen, die jüngst in Essen wegen Neuabschlusses der Verträge stattfanden, langer und eingehender Debatten bedurft, um die Arbeitgeber von der Unmöglichkeit, ihre Absichten zu realisieren, zu überzeugen. Dagegen waren sie nicht davon zu überzeugen, daß angesichts der fortwährenden Steigerung der Lebensmittelpreise auch eine angemessene Steigerung der Löhne Platz greifen müsse. Tatsächlich sind sich die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen bei den dreitägigen Verhandlungen in Essen keinen Schritt näher gekommen, worauf dann die weiteren Verhandlungen bis zum 28. März vertagt wurden mit dem Verlangen an die Arbeitervertreter, auf jede Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung zu verzichten, dagegen die Unternehmer als unumschränkte Herren über die Arbeiter anzuerkennen. Daß aus der weiteren geplanten Verhandlung nichts herauskommen wird, dürfte nahe liegen. Dafür spricht auch der Beschluß der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Hannover, welcher besagt, daß die im Frühjahr ablaufenden, zu erneuernden Verträge nur auf der Basis des Vertragsentwurfes abgeschlossen werden dürfen, andernfalls am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen, das heißt die Arbeiter ausgesperrt werden müssen.

Wie die Arbeitgeber zum Kampfe vorbereiten, das zeigen auch die Anweisungen des Vorstandes des Arbeitgeberbundes, worin es unter anderem heißt: „Wir ersuchen deshalb die Verbände, diese Eventualität (Schließung der Geschäfte) ins Auge zu fassen und die Vorbereitungen zur Einstellung der Arbeiten sowie überhaupt alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Kampf in kürzester Frist zugunsten der Arbeitgeber durchzuführen. Wir empfehlen insbesondere, die noch außerhalb der Verbände stehenden Kollegen für unseren Bund zu gewinnen, mit den Baumaterialienhändlern Vereinbarungen wegen Nichtlieferung an Außenstehende zu treffen, bei Übernahme von Arbeiten auf Einfügung der Streiklausel Bedacht zu nehmen usw.“

Diese Anweisungen zeigen, wohin die Reise geht. Mögen vor allem auch unsere Kollegen sich klar werden über die Situation, mögen auch sie ihre Waffen schmieden und zum bevorstehenden Kampfe diese in Bereitschaft halten. Aber nicht nur an unsere Kollegen in den vorgenannten Orten soll diese Mahnung ergehen, der Arbeitgeberbund hat seinen Vertragsentwurf auch auf das Schreinerhandwerk in den noch weiteren Städten Duisburg, Duisburg-Meiderich, Hamm, Hattingen, Oberhausen und Rheine ausgedehnt, obwohl in diesen Zahlstellen unsererseits Verträge mit dieser Organisation bisher nicht abgeschlossen worden sind. Also auch die Kollegen in diesen Orten sowie überhaupt im ganzen Vertragsgebiet mögen auf der Hut sein und die noch kurze Spanne Zeit zur tatkräftigsten Agitation ausnützen, um die Reihen der Organisation zu stärken. Machen wir uns endgültig mit dem bevorstehenden Kampfe vertraut, noch heißt unsere Parole „Gewehr bei Fuß und Disziplin geliebt“, es wird uns dann auch gelingen, den Machtgelüsten des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ebenso einen Dämpfer aufzusetzen wie im vorigen Jahre dem Arbeiterschutzbund für das Holzgewerbe.

Zwischen haben auch in München vom 8. bis 10. März Tarifvertragsverhandlungen zwischen den beteiligten Bauarbeiter- und Unternehmerorganisationen stattgefunden. Jene praktische Ergebnisse haben auch diese dreitägigen Verhandlungen nicht gehabt, auch hier mußte man den Eindruck gewinnen, als sei es den Unternehmern nicht um eine Einigung zu tun. Die Unternehmer wollen nur den Kampf.

Das erste man auch aus einer neuerlichen Maßnahme der Berliner Unternehmer. In einer Versammlung der organisierten Bauunternehmer Berlins am 9. März wurde beschlossen, den Stundenlohn für Maurer und Zimmerer, der zurzeit 70 bis 75 Pf. beträgt, auf 65 Pf., und den der Bauhilfsarbeiter statt 45 bis 50 Pf. auf 45 Pf. herabzusetzen. Mit dieser Lohnreduktion, die eine Provokation der schwersten Art bedeutet, ist bereits begonnen worden. Die Berliner Bauarbeiter sind bereits in den Abwehrkampf eingetreten.

Wie die Dinge liegen, wird ein Kampf auf der ganzen Linie sich kaum vermeiden lassen, denn es ist geradezu ausgeschlossen, daß in den für Ende des Monats anstehenden angelegten nochmaligen Verhandlungen eine Einigung erzielt werden kann. Unsere Kollegen, soweit sie an den diesjährigen Vertragsverhandlungen im Baugewerbe interessiert sind, mögen sich also zum Kampfe rüsten. Es gilt, einen frechen Unternehmerschlag auf unsere gewerkschaftliche Organisation abzuwehren.

Gegen die Kurpfuscherei.

Seit Jahren drängen die „honorigen“ Ärzteverbände die Regierung, doch ein Gesetz gegen das Kurpfuschertum zu erlassen, da die gegenwärtigen Strafbestimmungen nicht ausreichen würden. Man hatte, um die Agitation wirksamer zu gestalten, auf dem letzten Hygienekongreß zu Berlin sogar in einer „Kurpfuscherausstellung“ den Betrieb eines Kurpfuschers vor Augen geführt.

Jetzt hat die Regierung diesem Drängen nachgegeben und einen Gesetzentwurf, „gegen Kurpfuscherei und Geheimmittelverleiher“ benannt, herausgegeben. Dinge, die nichts kosten, werden in „Preußen-Deutschland“ ja schneller erledigt.

Ob der neue Entwurf auch wirklich diese schwere Frage regelt, ist jedenfalls nicht so einfach mit Ja zu beantworten, wie es die entzückte „Ordnungspreß“ tut. Gaben doch in den meisten deutschen Bundesstaaten sogenannte Kurpfuscherverbote bestanden, ohne daß man von einer Wirkung derselben reden konnte. Die Gewerbeordnung hat wohl hier eine Änderung eintreten lassen, doch hätte das Fortbestehen dieser „Verbote“ nichts geändert und die heute mit 10000 angegebene Zahl der Kurpfuscherei wäre doch entstanden. Dies zeigt uns ja das Ausland, welches sehr oft diese Verbote anwendet. Auch die Motive des Entwurfes geben zu, daß ein allgemeines gesetzliches Verbot nur dahin führen würde, die Ausübung der Kurpfuscherei der Öffentlichkeit noch mehr zu entziehen. Heute treten diese Leute öffentlich auf, können sogar in den Tagesstellungen ihre Kunst an. Ein allgemeines Verbot würde diese Leute in verborgene Winkel hineintreiben, sie noch üppiger gedeihen lassen. Es würde also das Gegenteil von dem erreicht, was die Regierung will. Man begnügt sich deshalb wohlweislich mit einem neuen Polizeigesetz, das bekanntlich immer mit „Anzeigen“ usw. beginnt. So heißt es auch in § 1 des Entwurfes:

Personen, welche sich gewerbsmäßig mit der Behandlung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden an Menschen oder Tieren befassen, ohne die entsprechende staatliche An-

erkennung (Prüfungszeugnis, Approbation) erbracht zu haben, sind verpflichtet, spätestens mit dem Beginn des Gewerbebetriebs der Polizeibehörde ihres Wohnortes unter Angabe ihrer Wohnung und Geschäftsräume schriftlich Anzeige zu erstatten.

Die Anzeige ist von Personen, die das Gewerbe bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits betreiben, spätestens innerhalb 14 Tagen zu erstatten.

Eine Veränderung des Wohnortes, der Wohnung oder der Geschäftsräume, desgleichen die Aufgabe oder Einstellung des Betriebs ist in gleicher Weise spätestens binnen 14 Tagen anzugeben.

Den Ärzten als Scharfmacher paßt jedoch diese Bestimmung nicht, die mit Meid auf die hohen Einkünfte der „Pfuscher“ blicken. Niemand wird bestreiten wollen, daß ein ausgedehntes Kurpfuschertum eine ernste Gefahr für die Volksgesundheit in sich birgt. Kann man aber diese Frage durch solche Gesetzentwürfe lösen? Wo gedeiht das Kurpfuschertum am allerüppigsten? Auf dem platten Lande. Und was fehlt da in erster Linie? Die gesetzliche Krankenversicherung für Landarbeiter, Dienstboten, Hausgewerbetreibende und Kleinbauern! Sobald den Versicherten die freie ärztliche Behandlung garantiert ist, werden sie weniger aus eigenen Mitteln die Kurpfuscherei bezahlen. Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf alle Lohnarbeiter und Minderbemittelte, zu denen ja die Kleinbauern zählen, würde also in erster Linie den Kundentritt der Pfuscher sehr beschränken. Doch daran denkt die Regierung nicht und auch viele Ärzte wollen dies nicht haben. Sie wollen ja „Privatpatienten“ behandeln, denen man noch höhere Rechnungen schreiben kann, als die verhassten Kurpfuscherei.

Wer „kurirt“ heute vornehmlich auf dem Lande? Der Herr Pfarer, der dadurch seine Anhängerflocke fester an sich fettet, der Lehrer, der Schäfer usw. In den meisten Fällen wird kein Honorar gezahlt und auch deshalb von keinem „gewerbsmäßig“ betriebenen Kurpfuschertum geredet werden können. Ja, der Entwurf gibt Ausnahmefälle zu, denn er schreibt in § 9: „Diese Bestimmung (Strafbestimmung) findet keine Anwendung, wenn die Behandlung wegen Gefahr im Verzug übernommen und nur so lange fortgeführt worden ist, bis Hilfe von einer staatlich anerkannten Person geleistet werden konnte.“

Nun wissen die Gesetzesmacher ganz genau, daß in jedem Dorfe ein Pfarer, aber kein Arzt ansässig ist, da in Deutschland für das „Seelenheil“ mehr gesorgt wird als für das Heil des — Leibes. Bis der Arzt stundenweit Wegs geholt wird, antwortet deshalb die „nicht staatlich anerkannte Person“ ruhig weiter. Aus Not wird der arme Landarbeiter in abgelegener Gegend auch selten den Arzt rufen lassen, es mit den „Hausmitteln“ versuchen oder doch die Hilfe des „Pfuschers“ anrufen müssen. Man will also auch hier wieder die Wirkung und nicht die Ursache bekämpfen.

Der Gesetzentwurf übersteht auch, daß der Kundentritt der Kurpfuscherei, auch in Städten, sich aus Tausenden von Unheilbaren zusammensetzt, die vergeblich Hilfe und Rettung bei den staatlich anerkannten „Heilkünstlern“ gesucht haben. In ihrer Ratlosigkeit, Angst und Unwissenheit opfern diese Kranken ihre letzten Groschen, die sie für Zwecke der Ernährung besser aufgewendet hätten, und reisen zu den „berühmten Spezialärzten“, die ihnen auch nicht mehr helfen können. Zuletzt kommt dann der Kurpfuscherei noch daran, die unsinnigsten Mittel und Behandlungsmethoden werden probiert. Es sind die Strohhalm, an die sich die Ertrinkenden klammern.

Das arme, unwissende Volk aufzuklären, fällt den Herren jedoch nicht ein. Polizeigesetze sind „prekärer“. Die Baraufklärung des Volkes wäre im Lande sowie bei Kurpfuscherei sehr eingeschränkt, auch den Wegweiser an unsere Arzt- und Arznehilfe ziemlich beseitigen. Deshalb gestattet man den Krankenkassen zum Beispiel nicht, vorbeugend gegen Krankheiten zu wirken und entsprechende Mittel darauf zu verwenden? Krankheiten verhüten, ist doch praktischer, als Krankheiten „heilen“ zu wollen!

Und unsere „staatlich anerkannten Mediziner“? Wirken diese vorbeugend gegen Krankheiten? Die große Mehrzahl „heilt“ bloß! Wenn ein Arzt für Verteuerung der notwendigensten Lebensmittel, Brot, Fleisch, Milch usw. eintritt, so ist er mit dem Kurpfuscherei auf eine Stufe zu stellen, den man so lebhaft bekämpft. Ja, er handelt noch unverantwortlicher, da er weiß, aus Erfahrung und Studium wissen muß, daß zum Beispiel Unterernährung, schlechte Wohnung, lange Arbeitszeit usw. den Keim zu unzähligen Krankheiten legt.

Zur Entschuldigung muß jedoch erwähnt werden, daß heute sehr viele Mediziner die Hochschule verlassen, ohne eine Ahnung davon zu haben, wie das Volk leidet, darbt — leben sollte. Sie haben sich wohl den „Doktorhut“ errungen, jedoch die Hauptsache nicht gelernt — sozialer Empfinden. Sie sind dann „approbierte Ärzte“, die gesellschaftlich weit über dem Kurpfuscherei stehen, der vielleicht als Naturkundiger jahrzehntelang sich bemüht hat, den Leidenden zu helfen. Ob der arme Kranke nun ein Glöcklein vom „Pfuscher“ oder aus der Apotheke auf Grund eines „anerkannten Rezeptes“ zur Linderung seiner Schmerzen erhält, ist doch ziemlich gleichgültig. So „kurirt“ auch dieser Entwurf gewiss, sieht die Wurzel des Übels nicht!

Vergessen darf man aber auch nicht, daß in Deutschland gar kein „Kurierzwang“ für die approbierten Ärzte besteht. Der Arzt braucht gesetzlich gar nicht zu behandeln, wenn er nicht will. Er braucht auch deshalb gar nicht in das weite Dorf zum erkrankten Landarbeiter zu fahren, wenn er nicht weiß, ob er seines — Honorars sicher ist. Der „Kurpfuscherei“ wird also weiter helfen müssen.

Und bei Arztestreiks? Eisenbahnerstreiks sind zum Beispiel „amtlich verboten“, weil der „Verkehr“ gehindert werden kann. Arztestreiks werden dagegen amtlich geschäftlich und gefördert, sobald es sich um die Krankenkassen mit Selbstverwaltungsberechtigt handelt. Weshalb soll da der „Kurpfuscherei“ den armen Kranken nicht beistehen dürfen, wenn der approbierte Herr sich weigert? „Gefahr“ kann doch da im „Verzuge“ sein!

Und das Verbot der Behandlung auf „Distanz“! Wer die „bürgerliche“ Presse aufmerksam liest, wird gefunden haben, daß nicht allein Kurpfuscherei, sondern auch „Dr. med.“ „brieflich heilen“! Weshalb soll das nur den approbierten Herren erlaubt sein? Niesenannoncen von Kurpfuschern, die unsere bürgerliche Presse gern aufnimmt, finden heute ihre Unternehmungen an und haben alle „approbierte Ärzte“ in Diensten! Diese Leute werden sich leicht an die „neue gesetzliche“ Lage anpassen und ihr Handwerk weiter treiben. Die Kleinen dagegen will man hängen.

Solange noch in Tausenden von Orten Deutschlands das „Gefundeten“ geliebt wird, so lange wird auch das Kurpfuschertum, das staatlich anerkannte und nicht anerkannte, blühen und gedeihen. Wirkliche Volksaufklärung wird ja nicht beliebt. Die neuen Polizeiparagraphen ändern daran nichts.

Die moderne Bewegung in Wien.

Von Joseph Aug. Eug. Wien. (Fortsetzung.)

Aus der Klimtschen Farbengebung allein, wie aus keiner anderen Malerei, strömt ein solcher berückender sinnlicher Reiz, der nicht nur das Auge beschäftigt, sondern eine allgemeine Glückseligkeit hervorruft, wie sie nur von dem Schönen gesendet werden kann. Es ist daher ohne weiteres zu verstehen, daß seine Frauenbildnisse ganz besonders hinweisend sind, ganz köstlich, ganz befruchtend, ganz umgeben von jenem seltsamen sinnlichen Fluidum. Hier zeigt sich trotz der großen äußeren künstlerischen Verschiedenheit Klimts Wesenverwandtschaft mit Makart. Wer gerade diese Frauenbildnisse, in denen auch Makart so viel unsagbar wienerische Grazie auszudrücken und eine unwiderstehliche sinnliche Atmosphäre zu geben verstand, stellen diese Wesenbeziehungen zwischen Makart und Klimt her, ganz unabwieslich, ganz zwingend. Ja, warum denn auch nicht! In den Frauenbildnissen wenigstens folgten die beiden ganz ähnlich beschaffenen künstlerischen Instinkten, sie drückten sich rassenmäßig aus, mit der Gleichartigkeit ihres wienerischen Empfindens. Man darf gleichzeitig mit allem Recht die Unterschiede zwischen beiden aufzählen; Makart war Dekorateur, Klimt ist Künstler im Sinne der Freskenmalerei und der dekorativen Raumkunst; Makart wirkt theatralisch, Klimt monumental; Makarts Kunst ist allegorisch, Klimts Kunst ist symbolisch. Aber das sind nicht so sehr Unterschiede der persönlichen Veranlagung, als vielmehr die allgemeinen Unterschiede der Kunst von heute und von Makarts Zeit. Auch Makart war als Kind seiner Zeit eine elementare Kraft, wie es Klimt ist. Die starke äußere Verschiedenheit ist die Verschiedenheit des Kunstgeistes von heute und damals; aber der einstige Makart und der heutige Klimt sind in der Masse, in den Instinkten und daher in wesentlichen künstlerischen Zügen wurzelverwandt. Auch Klimts Kunst ist durchaus wienerisch, wie überhaupt die hier geschilderte Moderne in Wien, wieviel man auch Egotisches an ihr entdecken möchte. Der Genius loci steckt in dieser Kunst, das ist ihr großer Vorzug.

Wenn es nach dem Plan der Führer gegangen wäre, so hätte sich das Geistesleben in kunstgewerbliche Werkstätten in Wien verlagert im weitesten Sinne man kann sagen. Der Plan scheiterte an dem Widerstand der Majorität. Die innere Spaltung wurde zuletzt eine äußere, und 1905 überließen die bisherigen Führer der Sezession den Widerstrebenden das Feld. Die Sezession wendete sich von den reformatorischen Aufgaben ab und kehrte in den gewöhnlichen Rang solcher Gründungen zurück, die durch gewohnheitsmäßige Ausstellungen die jährliche Künstlerarbeit mit dem Publikum befreundeten wollen. Sie hat wieder den provinziellen Charakter angenommen, den andere, ähnliche Künstlervereinigungen, wie der Hagenbund in Wien haben, und die ihre Aufgaben nicht darin suchen, neue Gedanken in die Welt zu setzen, sondern die von großen Künstlern in die Welt gesetzten Gedanken für sich und für ihr Stammespublikum praktisch zu verarbeiten. Die Wiener Sezession hatte ihr Mission erfüllt. Sie hat einigen hervorragend begabten Künstlern als Sockel gedient, von dem aus deren Kraft und Ruhm der Welt sichtbar wurde, die Sezession darf stolz darauf sein, daß sie die Bedeutung eines Gustav Klimt und einer ganz kleinen Schar künstlerisch gleichgesinnter Naturen um ihn ins Licht gerückt hat. Sie hat der künstlerischen Idee, die sich mit diesen Künstlern verbindet, Ausdruck verliehen und die Stagnation des künstlerischen Lebens in Wien überwunden. Dann aber war sie milde und hat die Führung aus der Hand gelegt, das heißt sie hat sich ihrer Führer entledigt, und der Schwerpunkt der Entwicklung übertrug sich auf die Veranstaltungen, die dem praktischen Leben näher standen, auf die Wiener Werkstätte und auf die Nachbildung eines geeigneten Nachwuchses.

Die Wiener Werkstätte, von Joseph Hoffmann und Kolo Moser in Verbindung mit dem Kunstfreund Fritz Waerndorfer begründet, setzt die Ideen, denen die Sezession unter Hoffmanns Einfluß gedient hatte, ins Praktische um. Indem sie den Bau von ganzen Häusern mit der vollständigen Einrichtung übernimmt, bringt sie alle kunstgewerblichen Zweige in organischen Zusammenhang mit der Architektur und in eine organische Einheit nach ihrer künstlerischen Auffassung. Die Wiener Werkstätte,

die die wichtigsten kunstgewerblichen Produktionszweige umfaßt, ist auf dem ganzen Kontinent das einzige geschäftliche Unternehmen, das rein künstlerischen Grundfäden gehorcht. Demnach ist die Erzeugung auf außerordentliche Qualität sowohl in materieller, als auch gewerblicher und künstlerischer Hinsicht gestellt. Die Entwürfe zu den Arbeiten entstammen größtenteils von den künstlerischen Leitern Hoffmann und Moser, gelegentlich auch von ihren zur Mitarbeit herangezogenen Freunden oder zum geringeren Teil aus dem Schülerkreis der genannten beiden Künstler, die an der Kunstgewerbeschule als Lehrer wirken und einen Nachwuchs in ihrem Geiste erziehen.

Wie bereits angedeutet, ist das Vorbild dieses Entwicklungsganges in England zu suchen. Die Gedanken Ruskins und Morris' stehen an der Schwelle dieser Werkstätten und sind bis zu einem gewissen Grade in der Betriebsweise verkörpert. Morris' Grundsatz, daß Künstler und Handwerker wieder zusammenkommen müssen, ist in etwas äußerlicher Weise verwirklicht. Wenn auch das Prinzip, daß die ausführende und entwerfende Hand ein und dieselbe sein soll, nicht ohne weiteres durchführbar erscheint, so ist doch zur Steigerung der Arbeitsfreude als eines wesentlichen Merkmals der Qualität in der Wiener Werkstätte mehr getan, als in irgend einem anderen der mir bekannten Betriebe. Die Erzeugung von durchweg edler Arbeit ist wohl das kräftigste Mittel, die Arbeitsfreude des Herstellers zu steigern und sein Können zu entwickeln, aber dazu gehört auch, daß die Arbeitsräume in sachlicher Auffassung schön seien, daß der Verkehr menschlich und freundlich sei, daß der Arbeiter nicht zur Hast gedrängt und daß er anständig entlohnt und vor Arbeitslosigkeit geschützt werde.

Die Steigerung der Arbeitsqualität kann nicht erfolgen ohne Steigerung der menschlichen Qualität, die der Fabrikation große Rücksichten und Pflichten auferlegt. Die soziale Frage ist nur durch diese Regelung der Arbeit nach dem Grundsatz der Menschlichkeit zu lösen. Das tut die Wiener Werkstätte und gibt damit ein Beispiel, von dem man wünschen darf, daß es im allgemeinen befolgt würde. Die Zukunft der inneren und der äußeren Kultur hängt davon ab, daß der edlen Arbeit ein Marktpreis gestiftet werde, indem die Freude an solcher Arbeit nicht nur bei dem Hersteller, sondern auch bei dem Besteller gepflegt und entwickelt wird. Jene verächtliche Tendenz, die noch allgemein vorherrscht, die Preise auf Kosten der Qualität und auf Kosten des Arbeiters zu unterbieten, dreht allen künstlerischen Hoffnungen einen Fallstrick. Es gibt in der Tat keinen anderen Weg zum allgemeinen Aufstieg als jenen, den die Wiener Werkstätte nach den Lehren Ruskins und Morris' betreten hat.

Aber auch in künstlerisch formaler Beziehung hat die Wiener Werkstätte und ihre Künstler alle Anregungen verarbeitet, die von England und Schottland kommend, auf den sachlichen Ausdruck der künstlerischen Inspiration gerichtet waren. Nigend ist mit ähnlicher unerbittlicher Konsequenz das neue Raum- und Formprinzip durchgebildet, als in Wien durch diese Künstler. Sie haben einen Stil ausgebildet, der auf der gleichen formalen Gesetzmäßigkeit beruht, wie die primitive Volkskunst, die Gotik, die japanische Kunst und überhaupt das lebendige Kunstschaffen aller Völker und aller Zeiten. Ebenjotut kann man für ihre Kompositionsweise auch in der Barockkunst und in der Biedermeierzeit Beweise finden. Was diese Künstler hervorgebracht haben, verkörpert eine solche Disziplin, ein solches Bewußtsein für die Korrektheit, daß das intuitive Leben, die künstlerische Inspiration mit einer leichten Neigung zur Erstarrung auf die Welt kommt.

Von der Furcht getrieben, daß ihre Reformgedanken nicht scharf genug hervortreten können, haben diese Künstler das Äußerste getan, um sich von dem herrschenden Schlendrian zu unterscheiden. Sie haben eine außerordentliche Originalität entwickelt, indem sie die Form bis an die Grenze des Extremen kultivierten. Sie bilden die hohe Schule des kultivierten Geschmacks. In ihrem Schaffen ist nichts Primitives; an Stelle des Primitiven tritt die anspruchsvolle feierliche Einfachheit, nach einem bekannnten Wort, als die letzte Zuflucht komplizierter Naturen. Das geschulte raumkünstlerische Denken, die Empfindlichkeit des verfeinerten Geschmacks waren dermaßen gesteigert, daß sich die äußere Form meistens früher ergab als der Inhalt, der sie erfüllen sollte. Zuerst der Raum, dann das Gebilde. Ich wurde oft gefragt, warum die Wiener früher so viele leere Quadrate verwendeten, um eine Fläche zu schäufeln. Sie bezeichneten den äußeren abstrakten Umriss eines Ornamentes, das noch nicht gegeben war, aber von dem man das Gefühl hatte, daß es hergehöre, um durch seine Zeichnung, durch seine Farbe und vielleicht auch durch seine Symbolik in den räumlichen Rhythmus eine bestimmte unentbehrliche Funktion zu erfüllen. (Schluß folgt.)

Neue Gewerkschaftsliteratur.

(Fortsetzung.)

Die gewerkschaftliche Aufklärungsliteratur ist im letzten Jahre um ein recht gutes Buch bereichert worden. Wir meinen Paul Umbreits "Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland", das jetzt schon in zweiter Auflage vorliegt, ein Beweis, daß diese Schrift wirklich einem dringenden Bedürfnis entsprach. In diesem Buche sind die Vorträge zusammengefaßt, die Umbreit in den von der Generalkommission arrangierten gewerkschaft-

lichen Unterrichtskursen gehalten hat. In großen Zügen wird das Wissenswerte über die Entstehung, Entwicklung und die Grundsätze der lokalen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die christlichen, die konfessionellen und die gelben Gewerkschaften, die unabhängigen Berufsvereine, über deutschnationale Einheitsbestrebungen und über die Kampfstattik der gegnerischen Gewerkschaften mitgeteilt. Die Schilderung ist, wie sich das bei dem geringen Umfang der Schrift gut genug erklärt, nicht erschöpfend, doch ist das Wesentliche berücksichtigt worden, so daß der Leser sich über die gegnerischen Organisationen aus dem Umbreitschen Buche für den Tageskampf hinreichend aufklären kann, und zwar besser als aus jeder anderen Schrift, über die wir zurzeit verfügen. Für die Gewerkschaftsfunktionäre, die ständig im Kampf mit den gegnerischen Gewerkschaften stehen, empfiehlt es sich allerdings, neben der Umbreitschen Schrift regelmäßig die gegnerische Presse und ihre Literatur zu studieren, denn Erfolge kann man dem Gegner nur abtrotzen, wenn man über seine Kampfweise und seine Handlungen sich eingehender informiert, wenn man in der Agitation stets mit aktuellen Tatsachen aufwarten kann. Ein Verzeichnis der Literatur über die gegnerischen Gewerkschaften ist der Schrift beigelegt; ebenfalls sind die neuesten statistischen Übersichten über diese Organisationen geboten, so daß dem Leser die Information über die gegnerischen Gewerkschaften sehr leicht gemacht ist. Wir können im Interesse unserer Bewegung nur wünschen, daß die Umbreitsche Schrift weite Verbreitung findet und von allen in der Agitation tätigen Kollegen fleißig studiert wird.

Größere Beachtung verdient auch die von dem Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebene Schrift "Geschichtliches zur Maiseier in Deutschland". Die Schrift ist in der Hauptsache eine Sammlung des auf die Maiseier bezüglichen Materials, der Beschlüsse, Resolutionen, wichtigen Debatten, Reden und Kundgebungen, die auf die Entstehung und schließlich Entwicklung der Maidemonstration von hervorragendem Einfluß gewesen sind. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes sah sich hauptsächlich durch die lehrreichen Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaften, in denen auch die Frage der äußeren Form der Maiseier eine große Rolle spielte, veranlaßt, diese Materialsammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um seinerseits zu einer Klärung der Streitfrage beizutragen. In dieser Hinsicht wird die Schrift gewiß ihre gute Wirkung haben, besonders da sie in so überzeugender Weise und aktenmäßig nachweist, daß die jetzt so warmen Befürworter der Arbeitsruhe am 1. Mai früher ebenso unentwegt und mit den Argumenten, wie sie heute vorzüglich in Gewerkschaftskreisen angeführt werden, gegen die Arbeitsruhe aufgetreten sind, wie sie es heute für die Arbeitsruhe tun.

Von gewerkschaftlichen Jahrbüchern liegen uns die der Metallarbeiter für die Jahre 1905 und 1906¹ und das des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1906² vor. Diese Jahrbücher zählen zu dem Besten, was unsere gewerkschaftliche Literatur aufzuweisen hat. Sie informieren über alle wichtigen Vorkommnisse, die Entwicklung und den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung der Metallarbeiter und der Holzarbeiter. Eine Form der Information und Berichterstattung, die man wohl als die idealste bezeichnen kann. Mit der Zeit dürften wohl alle größeren Gewerkschaften zur Herausgabe von Jahrbüchern schreiten, was für die praktische Gewerkschaftsarbeit sicher nur von Vorteil sein wird. Mit der Zeit dürften sich auch diese Jahrbücher noch weiter ausbauen lassen. Wie denken, daß es für die gewerkschaftliche Bewegung in allgemeinen vor allem die das Jahrbuch herausgebende Organisation in besonderem Maße zweckdienlich sein würde, wenn diesen Jahrbüchern Abhandlungen über aktuelle Fragen des Berufs oder der Organisation beigelegt würden, und zwar als allgemeiner einleitender Teil der Schrift. Beispielsweise würde ein Jahrbuch 1907 des Deutschen Holzarbeiterverbandes nur an Wert für die Organisation gewinnen, wenn ihm neben den umfangreichen Berichten des Vorstandes und der Gauvorstände eine größere Abhandlung über die Tarifbewegung in der Holzindustrie, ferner Arbeiten über den Arbeitsmarkt im Holzgewerbe, über die wachsende Industrialisierung unseres Gewerbes, über den Einfluß der modernen kunstgewerblichen Bewegung auf die Entwicklung des Holzgewerbes, über den Einfluß der Unterstützungseinrichtungen und der Tarifpolitik auf die Lohnbewegungen und die Arbeitsverhältnisse in der Holzindustrie und anderes eingefügt werden würde. Und so hat jede Organisation ihre besonderen aktuellen Fragen, die sich in Berichten der Verbandsleitung sowohl wie auch in dem Verbandsorgan nicht behandeln lassen, deren Behandlung aber von großem Einfluß auf die künftige Praxis der Organisation sein würde. Die Behandlung solcher Fragen in einem Jahrbuch liegt nahe genug.

Zum Schluß möchten wir noch kurz auf die uns vorliegende Kalenderliteratur eingehen. Der "Kalender des Zentralverbandes der Maurer 1908"³ präsentiert sich uns wieder in der bekannten guten Ausstattung. Dieser Kalender enthält ein reichhaltiges gutes Material für den agitatorisch tätigen Kollegen. Mehr als in früheren Jahren ist diesmal auch das rein Sachliche berücksichtigt worden. In diesem Teil des Kalenders sind zahlreiche gute

Abbildungen zur Erläuterung des Textes eingefügt worden. — Auch der "Malerkalender 1908"⁴ enthält wieder einen umfangreichen illustrierten technischen Teil. In diesem Kalender sind neben den wichtigsten Ziffern über den Stand der Organisation auch einige im letzten Jahre zum Abschluß gebrachte Tarifverträge größerer Städte zum Abdruck gebracht. — In neuer, besserer Ausstattung erschienen der "Metallarbeiter-Notizkalender 1908".⁵ Auch dieser Kalender bringt wieder ein reichhaltiges Material für den Verbandsagitor. Auf den ersten Seiten des Büchleins wird eine Beschreibung des neu erbauten Verbandshauses der Metallarbeiter in Berlin geboten. — Inhaltlich reichhaltig ist der im zweiten Jahrgang erschienene "Notizkalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter"⁶ ausgestattet. Besonders enthält er viel Material über die Gemeindearbeiterbewegung. Indessen läßt die äußere Ausstattung dieses Büchleins sehr viel zu wünschen übrig. — Zum Schluß wollen wir noch auf den "Holzarbeiterkalender 1908" unserer österreichischen Bruderorganisation verweisen.⁷ In der Hauptsache beschäftigt sich dieser Kalender mit den ersten Reichsratswahlen nach dem gleichen Wahlrecht, die ja der sozialdemokratischen Partei einen so glänzenden Erfolg brachten. (Schluß folgt.)

Soziales.

Warnung vor Auswanderung nach Amerika! In Nordamerika hat die augenblickliche Geschäftskrisis für die Arbeiter noch weit schlimmere Folgen gehabt als auf dem europäischen Kontinent. In New York und Chicago allein sind nach den Ermittlungen der Gewerkschaften 30 Prozent aller Arbeiter beschäftigungslos. Die Löhne sind um 8 Prozent herabgesetzt worden, eine weitere Reduzierung steht zu erwarten. Unter diesen Verhältnissen ist es nur zu erklärlich, daß die amerikanischen Gewerkschaften, auch die des Holzgewerbes, vor der Auswanderung nach Nordamerika entschieden warnen. Von der Ungunst der Arbeiterverhältnisse in der Union legt auch der Umstand Zeugnis ab, daß zurzeit ein starker Rückstrom der Auswanderer nach Europa stattfindet. Wir können die Kollegen vor der Auswanderung nach Amerika nur warnen.

Vom Wohlfahrtschubung. Wiederum verurteilte die Spruchkammer Friederichshausen des Gewerbegerichts Müns die Pensionskasse der Firma Krupp zur Rückzahlung geleisteter Beiträge an 16 Arbeiter. Das Gewerbegericht sieht das Verhalten der Firma Krupp als gegen die guten Sitten verstoßend an trotz der gegenteiligen Entscheidung der Landgerichte Essen und Dortmund. (Siehe unsere gleichlautende Notiz auf Seite 299, Jahrgang 1907 der "Holzarbeiter-Zeitung".)

Von den nützlichen arbeitswilligen Elementen. In Würzburg wurde vor kurzem ein Schmied Höfling verhaftet, der mit zweien seiner Stiefkinder Blutschande getrieben und sich des wiederholten Kindsmordes schuldig gemacht haben soll. Befragter Höfling ist in Würzburg als arbeitswilliger sehr bekannt. Bei dem Streit, der 1905 in der Würzburger Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen in Würzburg ausgekämpft wurde, spielte Höfling als arbeitswilliger eine hervorragende Rolle und war als nützliches Element beim Unternehmertum hochangesehen. Das Ansehen, dessen er sich in seiner Eigenschaft als Streikbrecher erfreute, nutzte er dahin aus, daß er die Firma nach allen Regeln der Kunst bestahl und alles, was nicht niest und nagelfest war, mitgehen ließ. Seine Stellung suchte er durch gehässige und lügenhafte Denunziationen gegen ehrliche Arbeiter noch mehr zu befestigen. Nebenbei war er auch ein stammer Kirchengänger, der seine beiden Stiefkinder, mit denen er Blutschande trieb, fleißig in die Kirche begleitete. Das Vorbild eines arbeitswilligen!

Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft im Jahre 1907. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat nun ihre definitive Umsatzziffer für das Jahr 1907 festgestellt. Es beträgt der Umsatz:

pro 1907	59 866 220,04 Mk.
pro 1906	46 508 287,02 "
pro 1907 mehr	13 358 933,02 "

An dem erhofften Umsatz von 60 Millionen Mark fehlt also nur eine ganz geringfügige Summe. Prozentual beläuft sich die Steigerung der Umsatzziffer auf 28,7 Prozent. Im Jahre 1906 betrug die Steigerung 20 Prozent, 1905 nur 14 Prozent. Seit 1899, in welchem Jahre der Umsatz 6 296 072 Mk. erreicht hatte, betrug die Vermehrung:

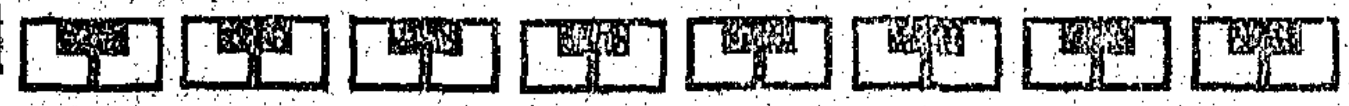
1900	1 660 268 Mk.	1904	7 488 517 Mk.
1901	7 181 426 "	1905	5 850 793 "
1902	6 430 488 "	1906	7 728 088 "
1903	4 877 640 "	1907	13 358 933 "

Die letztjährige Umsatzsteigerung hat also die vorhergehende nahezu um das Doppelte übertroffen. In dieser bedeutenden Steigerung spiegelt sich die Erhöhung aller Lebensmittelpreise wider; daneben legt die Zunahme der Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft aber auch Zeugnis von der großer werdenden Intensität der Genossenschaftsbewegung ab.

- ¹ Verlag von Albert Tobler, Hamburg 22.
- ² Stuttgart, Alexander Schlichte & Co.
- ³ Berlin 1907, Selbstverlag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. J. B.: Albin Mohs.
- ⁴ Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand, VI. Gumpendorferstr. 18. Preis 1 Krone.



Kollegen! Agitiert immer und überall für den Verband! Wir dürfen nicht rasten und ruhen, bis daß alle Holzarbeiter dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen sind.



¹ Berlin 1907. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (E. Regien). 190 Seiten. Preis 1,50 Mk.

¹ Stuttgart 1907. Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Co. 146 Seiten.
² Stuttgart, Selbstverlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes.
³ Stuttgart 1907, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.
⁴ Hamburg 1907, Verlag von Th. Bömelburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. April: Goldberg 10 Pf., Flensburg 85 Pf., Nowawes-Neuendorf 50 Pf., Pyrmont 5 Pf., Wandsbeck 50 Pf.

Nach § 91b des Statuts hat der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuss die innerhalb einer Amtsperiode etwa erforderliche Wahl von besoldeten Vorstandsmitgliedern vorzunehmen. Im Hinblick auf den nahe bevorstehenden Verbandstag haben Vorstand und Ausschuss jedoch beschlossen, die Wahl des ersten Verbandstags vorzuziehen an Stelle des verstorbenen Kollegen Kloss, jetzt nicht vorzunehmen, sondern dieselbe dem Verbandstag in Stettin zu überlassen.

Für den siebenten ordentlichen Verbandstag in Stettin am 24. Mai und folgende Tage hat der Vorstand folgende provisorische Tagesordnung aufgestellt:

1. Konstituierung des Verbandstags.
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Bericht der Redaktion und Preßkommission.
5. Die Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. (Referat und Korreferat.)
6. Statutenberatung.
7. Der Gewerkschaftskongress in Hamburg.
8. Wahl der Vorstandsbeamten.
9. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die Anträge des Vorstandes zum Verbandsstatut, welche derselbe dem Verbandstag in Stettin zur Annahme empfiehlt, veröffentlichen wir im Anschluß an diese Bekanntmachung schon heute, damit die Mitglieder in allen Zahlstellen dazu Stellung nehmen können.

Von dem Protokoll über die Verhandlungen des letzten Verbandstags in Bln ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden. Einzel Exemplare können gegen Voreinsendung von 30 Pf. portofrei von uns bezogen werden.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht veräumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nach dem Beschluß des Verbandstags, den wir hiermit in Erinnerung bringen, sollen die Zahlstellen Lokalgeschenke an Durchreisende nur solchen Mitgliedern gewähren, welche mindestens 13 Wochen dem Verband angehören. Der Gesamtbetrag der Lokalunterstützung darf die Summe der gezahlten Beiträge nicht übersteigen und muß sich unterhalb der durch 52wöchige Mitgliedschaft erworbenen Rechte halten.

In letzter Zeit haben wir wieder sehr häufig konstatieren müssen, daß Reiselegitimationen für Mitglieder ausgestellt worden sind, welche noch gar nicht unterstützungsberechtigt waren. Wir richten deshalb an alle Zahlstellenausschüsse die bringende Mahnung, genau darauf achten zu wollen, daß nur solche Mitglieder eine Reiselegitimation erhalten dürfen, welche ein volles Jahr dem Verband angehören und auch mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet haben. Ebenso erinnern wir daran, daß ausgesetzte Mitglieder erst dann wieder unterstützungsberechtigt sind, wenn sie seit dem Tage der Aussetzung auf neue wieder 52 fällige Beiträge entrichtet haben. Mitglieder, welche bei der Abreise mit den Beiträgen im Rückstand sind, haben keinen Anspruch auf die Reiseunterstützung.

Nachfolgende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 17768 Franz Weiber, Tischler, geb. 11. 5. 76 zu Berlin.
- 57458 Sigmund Spohn, Tischler, geb. 6. 5. 28 zu Wibercach.
- 97687 Paul Hein, Tischler, geb. 5. 11. 77 zu Garschau.
- 185508 Robert Rens, Tischler, geb. 10. 6. 70 zu Kowno.
- 188789 Karl Marquardt, Tischler, geb. 16. 4. 88 zu Warel.
- 152385 Jos. Stange, Parkettleger, geb. 2. 3. 74 zu Neukirchen.
- 166721 Ernest Wittig, Knopfabarbeiterin, geb. 5. 2. 74 zu Breslau.
- 180886 Jakob Heib, Tischler, geb. 2. 4. 78 zu Granzberg.
- 194327 Karl Gabel, Tischler, geb. 14. 2. 74 zu Karlsmarkt.
- 279562 Otto Heine, Tischler, geb. 26. 11. 83 zu Wittenberge.
- 285157 Hedwig Schäfer, Knopfabarbeiterin, geb. 17. 7. 87 zu Wohlau.
- 331191 Franz Brater, Tischler, geb. 16. 6. 88 zu Schwetbus.
- 334076 Eva Reindl, Poliererin, geb. 10. 4. 80 zu Reibberg.
- 337282 Otto Reichert, Tischler, geb. 26. 10. 79 zu Briesg.
- 337688 Alfred Gatte, Tischler, geb. 11. 3. 72 zu Breslau.
- 338278 Johann Strumpfmeyer, Tischler, geb. 1. 5. 84 zu Zblj.
- 362447 Franz Range, Tischler, geb. 18. 10. 84 zu Hegenhals.
- 370097 Franz Undereit, Tischler, geb. 2. 3. 71 zu Stettin.
- 413187 A. Barth, Tischler, geb. 16. 6. 84 zu Groß-Strelitz.
- 413432 Emma Koschate, Knopfabarbeiterin, geb. 1. 7. 86 zu Breslau.

Stuttgart, Adlerstraße 45. Der Vorstandsvorsitzende.

Anträge des Vorstandes zum Statut.

§ 7.

Den zweiten Absatz wie folgt abzuändern: Die im Ausland gezahlten Beiträge werden bei Unterstützungsansprüchen nur dann in die Kassenzeit eingerechnet, wenn die betreffende ausländische Organisation der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen ist. Die Anrechnung erfolgt in diesem Falle gemäß der Vorschrift im zweiten Absatz des § 8.

§ 8.

Die ersten beiden Absätze zu streichen und dafür folgende drei neue Absätze zu setzen: Mitglieder derjenigen ausländischen Verbände, welche der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen sind, werden, sobald sie in Deutschland in Arbeit treten, ohne Beitrittsgebühr aufgenommen, wenn sie ihren Verpflichtungen gegenüber ihrer seitherigen Organisation nachgekommen sind und der Übertritt während der ersten sechs Wochen ihres Aufenthalts in Deutschland erfolgt.

Solchen übergetretenen Mitgliedern werden die Beiträge, welche sie an die ausländische Organisation geleistet haben, in der Weise angerechnet, daß etwaige niedrigere Beiträge auf die Höhe des Beitrages des Deutschen Holzarbeiterverbandes umgerechnet, gleich hohe oder höhere Beiträge dagegen in voller Zahl übertragen werden. Im Rahmen dieser Vorschrift stehen den übergetretenen Mitgliedern auf die Unterstellungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes dieselben Rechte zu wie den eigenen Mitgliedern bei gleicher Beitragszahl.

Mitglieder solcher ausländischer Verbände, welche der Internationalen Union der Holzarbeiter nicht beigetreten sind, können in den Deutschen Holzarbeiterverband nur als Neueintretende aufgenommen werden und haben als solche auch erst nach Erfüllung der Karenzzeit im Deutschen Holzarbeiterverband Anrecht auf die Unterstellungen desselben.

§ 11.

Dem Paragraphen folgenden dritten Absatz anzufügen: Diese Lokalbeiträge dürfen von den Zahlstellen nur zu solchen Zwecken verwendet werden, welche den allgemeinen Grundsätzen und Bestrebungen des Verbandes entsprechen. Soweit davon auch lokale Unterstellungen an die Zahlstellenmitglieder gewährt werden, müssen dieselben im Rahmen der statutarischen Vorschriften für die Unterstützungsleistungen des Verbandes gehalten sein und dürfen in ihrer Höhe die Hälfte der Verbandsunterstützungen nicht übersteigen.

§ 12.

Im ersten Absatz statt „Von der Beitragspflicht entbunden sind die Mitglieder“ zu setzen: Beitragsfrei sind die Mitglieder während usw.

Außerdem zwischen dem ersten und zweiten Absatz folgenden neuen Absatz einzufügen: Beitragsfreie Wochen sind als solche im Mitgliedsbuch abzustempeln. Nachzahlung von Beiträgen für abgestempelte beitragsfreie Wochen ist unzulässig. Ebenso dürfen Beiträge, welche entgegen obiger Bestimmung für die Dauer einer Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw. entrichtet wurden, für den Bezug einer Unterstützung nicht mit in Anrechnung gebracht werden.

§ 13.

Folgenden zweiten Absatz anzufügen: Beim Bezug einer Unterstützung werden die restierenden Beiträge in Abzug gebracht.

§ 14.

Dem zweiten Absatz folgenden Satz anzufügen: Die Arbeitslosenunterstützung am Orte steht ihnen jedoch erst nach geleisteten 52 Wochenbeiträgen zu.

§ 22.

Diesen Paragraphen wie folgt abzuändern: Mitglieder derjenigen ausländischen Verbände, welche der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen sind, können vor ihrem Übertritt in den Deutschen Holzarbeiterverband auf Verzicht in Deutschland auf den gleichen Bedingungen Rückunterstützung gewährt werden, wie den eigenen Mitgliedern bei gleicher Beitragszahl. Die Zahlung der ausländischen Beiträge erfolgt gemäß der Vorschrift im zweiten Absatz des § 8. Sobald solche Mitglieder in Deutschland in Arbeit getreten sind, haben sie jedoch ihren Übertritt zu vollziehen.

§ 34.

Den jetzigen zweiten Absatz zu streichen und dafür folgende zwei neuen Absätze zu setzen: Ebenso kommt die siebentägige Wartezeit in Wegfall, wenn der Arbeitslosigkeit eine mindestens sieben tägige Arbeitsunfähigkeit in den letzten vier Wochen vorausgegangen ist, sofern diese Arbeitsunfähigkeit gemäß § 46 gemeldet war. Ist der Zeitraum zwischen der alten und neuen Arbeitslosigkeit oder einer Arbeitsunfähigkeit und der Arbeitslosigkeit ein längerer als vier Wochen, so kann die Unterstützung erst nach Ablauf von sieben Tagen, vom Tage der neuen Meldung an gerechnet, wieder gewährt werden.

§ 55.

Den dritten Absatz wie folgt zu ändern: Werden verheiratete Mitglieder durch einen Streik, eine Aussperrung oder Maßregelung genötigt, den Ort zu verlassen, so entscheidet usw.

§ 57.

In Anmerkung a. statt „8 Wochenbeiträge“ zu setzen: 6 Wochenbeiträge restieren usw.

§ 73.

Den ersten Absatz wie folgt abzuändern: Zur Leitung der Zahlstelle ist eine Lokalverwaltung zu wählen, bestehend aus einem Bevollmächtigten, Kassierer, Schriftführer und zwei Beisitzern. Größere Zahlstellen können die Lokalverwaltung durch entsprechende Wahlen verstärken. Zur Revision der Kassenbücher hat jede Zahlstelle außerdem die nötige Anzahl Revisoren zu wählen. Die Wahl der Lokalverwaltung und der Revisoren bedarf der Bestätigung durch den Vorstandsvorsitzenden; dieselbe ist als erfolgt zu betrachten, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tagen nach der Anzeige bei demselben kein Einspruch erhoben wird.

§ 76.

Unter Annahme des Antrags zu § 109 den jetzigen § 76 zu streichen und dafür zu setzen: Beschließendes Organ der Zahlstelle ist die von der Lokalverwaltung einuberufende Mitgliederversammlung. Die Art der Einberufung und der Bekanntgabe der Tagesordnung ist jeder Zahlstelle überlassen. Wichtige Beschlüsse können nur dann gefaßt werden, wenn die betreffende Tagesordnung den Mitgliedern vorher bekannt gemacht worden ist.

Große Zahlstellen haben das Recht, bestimmte Aufgaben der Mitgliederversammlungen den Vertrauensmännerversammlungen zu übertragen. Die Vertrauensmänner sind alljährlich in Werkstatt- oder Betriebsversammlungen von den beschäftigten Mitgliedern zu wählen.

§ 77.

In der vierten Zeile statt „20 Prozent“ zu setzen: 10 Prozent.

Außerdem dem Paragraphen folgenden neuen zweiten Absatz anzufügen:

Die zu den regelmäßigen Ausgaben am Orte nicht benötigten Gelder aus den Verbandseinnahmen müssen monatlich an die Hauptkasse eingesandt werden. Vierteljährlich hat jede Zahlstelle über alle Einnahmen und Ausgaben eine von den Revisoren geprüfte Abrechnung an die Hauptkasse zu liefern.

§ 109.

Folgenden neuen Absatz anzufügen: Zum Zwecke der Kontrolle über die richtige Buchung der eingesandten Gelder hat der Hauptkassierer am Schlusse jedes Monats die von den Zahlstellen eingesandten Beträge in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu quittieren. Etwaige Fehler in diesen Veröffentlichungen haben die Zahlstellenausschüsse sofort zu berichtigen, eventuell sie an den hierzu beauftragten Revisor der Hauptkasse zu melden.

Konferenz des Chemnitzer Gewerks.

Auf der am 23. und 24. Februar in Chemnitz abgehaltenen Gaukonferenz waren 57 Zahlstellen durch 65 Delegierte vertreten. Nur die Zahlstelle Markranstädt hatte die Konferenz nicht beschickt. Außer dem Gesamtgauvorstand war der Kollege Ernst Deinhardt-Stuttgart als Vertreter des Hauptverbandes anwesend.

Den Bericht des Gauvorstandes erstattete der Kollege Thielemann. Aus demselben geht hervor, daß das Jahr 1907, in bezug auf agitatorische Erfolge, bei weitem nicht so erfolgreich war wie das Jahr 1906. Die Mitgliederzahl stieg im letzteren Jahr von 10649 auf 13335, wohingegen im Jahre 1907 eine Mitgliederzunahme nicht zu verzeichnen ist. Verschiedene Ursachen dürften die Erfolge der Agitation beeinträchtigt haben; so vor allem die ungünstig verlaufenen Reichstagswahlen, die darauf folgenden Gründungen nationaler Arbeitervereine und nicht zuletzt das Anwachsen der verschiedensten Unternehmerverbände. Aber auch die Kollegen haben nicht immer ihre Pflicht getan, gar mancher Kollege hätte bei einigermaßen gutem Willen den Gauvorstand unterstützen können, nur in wenigen Zahlstellen sei das geschehen. Redner wünscht, daß es in dieser Beziehung in Zukunft besser werde, dann könnten wir wieder vorwärts kommen, trotz der Machinationen unserer Gegner. Die beiden letzten Jahre waren reich an Kämpfen, und wir können mit den Erfolgen unserer Lohnbewegungen zufrieden sein. Im Jahre 1906 fanden in 28 Zahlstellen 54 Lohnbewegungen respektive Streiks mit 6180 Beteiligten statt; im Jahre 1907 47 Bewegungen in 25 Zahlstellen mit 5845 Personen. Nur 7 Lohnbewegungen waren erfolglos. Der Miesentampf der Bürstenmacher in Schönheide dauerte 22 Wochen; es wurde eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung bis zu 13 Prozent erreicht. Ferner erzielten die Kartarbeiter in Ruschau, sowie die Knopfmacher und Uhrgehäusearbeiter in Schmöln annehmbare Erfolge. Tarifverträge wurden abgeschlossen in Eisenberg, Eilenburg, Leipzig und Zeitz. Unter Mitwirkung des Gauvorstandes fanden 318 Versammlungen statt, die ausschließlich der Agitation dienten, ferner 81 Wertparaden und 10 Demonstrationen; insgesamt 502 Versammlungen. Hauszusatzaktionen haben in vielen Zahlstellen, aber auch in Orten, wo solche nicht bestanden, stattgefunden. Neue Zahlstellen wurden gegründet in Buchholz, Düben und Proburg. Der Gauvorstand mußte in 179 Differenzfällen mit den Unternehmern eingreifen.

Dem Bericht folgte eine ausgiebige Debatte. Die Delegierten brachten in ihrer Mehrheit darin zum Ausdruck, daß sie mit der Arbeit des Gauvorstandes, sowie mit seinem Vorgehen in Lohnbewegungen zufrieden seien. Nur die Kollegen von Wera und Werdau hielten es für notwendig, dem Gauvorstand „bremsen“ vorzuwerfen, ferner das Verhalten des Hauptverbandes bei den Streiks der Firmen Uhlmann und Buttstädt zu kritisieren. Die Kollegen Deinhardt und Gießel traten diesen Vorwürfen entgegen.

Sodann referierte der Kollege Deinhardt über das Thema: „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge“. Über den vortrefflichen, äußerst sachlich gehaltenen Vortrag entspann sich eine rege Diskussion. Nur ein Kollege, der Werdauer Delegierte, machte Einwendungen gegen die Auffassungen des Referenten, die übrigen Kollegen äußerten sich zustimmend.

Von den Zahlstellen wurden insgesamt 22 Anträge gestellt. Alle Anträge, die eine Erhöhung der Unterstützungsätze, sowie eine Verkürzung der Karenzzeit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit verlangten, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag Wauen, im oberen Vogtland einen besoldeten Beamten anzustellen, wurde, nachdem Kollege Gießel nähere Ausführungen dazu gemacht hatte, dem Gauvorstand überwiesen, mit dem Bemerkten, sich in dieser Sache mit dem Hauptvorstand in Verbindung zu setzen. Nur ein Antrag Zeitz wurde angenommen: Wird ein Mitglied unmittelbar nach einer Krankheit arbeitslos, so wird die Arbeitslosenunterstützung ohne jede Karenzzeit gewährt. Die jetzigen Delegierten wählten noch die Geschlossenfrage erörterten, fanden aber bei den Anwesenden wenig Sympathie, es wurde beschlossen, daß sich die Kartmacher mit dem Gauvorstand ins Einvernehmen setzen sollen.

Kollege Thielemann zieht hierauf das Resümee aus den Verhandlungen der Konferenz und feuert die Kollegen an, in Zukunft mehr für den Verband zu agitieren, damit wir auf der nächsten Konferenz über günstigere Resultate berichten

können. Das gleiche geschieht vom Vorsitzenden Kollege Gericke-Leipzig. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsere Organisation wurde die Konferenz geschlossen.

Korrespondenzen.

Auerbach. Endlich scheinen die Holzarbeiter sich ihrer Organisation hier am Orte zu erinnern. Durch die intensive Tätigkeit der Lokalverwaltung und einiger anderer Kollegen ist endlich wieder ein frischer Zug in unser Verbandsleben gekommen. So ist es auch mit Freuden zu begrüßen, daß der Versammlungsbefuch ein besserer geworden ist, was um so mehr notwendig ist, da bekanntlich auch die Arbeitsverhältnisse noch viel zu wünschen übrig lassen. So fand am Sonntag den 8. März auch wieder eine zahlreich besuchte Versammlung statt, in der zunächst Kollege Felbinger den Bericht von der Gaukonferenz in Chemnitz gab. Eine rege Diskussion schloß diesem an, welche bewies, daß man mit den Arbeiten des Gautages zufrieden war. Es wurde vor allem der Wunsch laut, daß man mit dem Abschluß von Tarifverträgen immer weiter durchzubringen versuchen soll. Zum zweiten Punkt: „Stellungnahme zum Verbandstag“, wurde beschlossen, zwei Anträge an denselben gelangen zu lassen. Als Delegierter wurde dann einstimmig Kollege Felbinger in Vorschlag gebracht. Nach Vornahme einiger Wahlen wurde unter anderem der Wunsch laut, mehr Werkstattbesprechungen abzuhalten, sowie zu versuchen, eine Sektion der Maschinenarbeiter und Partekleuger ins Leben zu rufen, um dadurch weitere Fortschritte für den Verband zu erzielen. Nach der Aufforderung des Vorsitzenden, jederzeit für den Verband zu agitieren, fand diese anregend verlaufene Versammlung ihre Ende.

Barmen. Am 8. März fand hier eine schlecht besuchte öffentliche Musikinstrumentenarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Hartung-Düsseldorf über das Thema referierte: „Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Klavierindustrie verbesserungsbedürftig?“. Die Versammlung, die angeregt verlief, kam zu der Überzeugung, daß die Bildung einer Sektion innerhalb unserer Branche eine unbedingte Notwendigkeit ist. Aus diesem Grunde gehen die anwesenden Kollegen ihr Bestes, dahin zu wirken, daß der letzte Mann für die Organisation gewonnen wird, um dem Unternehmer gegenüber gewappnet zu sein. Darum auf, ihr Kollegen der Instrumentenbranche von Barmen, heraus aus eurem Winterschlaf, der Frühling ist da! Sorgen wir dafür, daß die Sektion nicht infolge schlechten Versammlungsbefuchs wieder eingehen muß, wie dies voriges Jahr der Fall war. Das Verhalten der Herren Wahl & Kluge wird euch wohl die Augen geöffnet haben. Gerade die Kollegen, die bei anderen Korporationen an der Spitze stehen, sie halten es nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen. Deshalb fort mit eurer Laune und arbeitet mit in der Sektion, damit den Unternehmern die Willkür an einzelnen Kollegen vergeht.

Braunschw. (Korbmacher.) Dem stets und immer wiederkehrenden Gesuchen, das Umschauen zu unterlassen, sowie auch bei Arbeitsangeboten vorerst sich auf dem Verhandlungsweiss auskunft zu holen, scheinen unsere reisenden Korbmacherkollegen nicht die nötige Beachtung zu schenken. Die Ausrede, „ich wollte nur einen früheren Kollegen besuchen“, kann nicht gelten, denn dieses könnte viel besser außerhalb der Werkstatt geschehen. Auch die leidigen Anfragen um Arbeit auf schriftlichem Wege müssen unterbleiben. Wie oft kommt es vor, daß Kollegen acht, auch 14 Tage in Arbeit standen, plötzlich ohne sichtlichen Grund aufhörten und abreisten, dann aber kurz darauf wieder schriftlich anfragen, ob man nicht wieder anfangen kann. Daß derartige die Verhältnisse für uns ungünstig beeinflusst, steht außer Frage, wenn der Arbeitgeber auf der Werkstatt erklärt: „Ihr Kollege Soundso hat auch wieder geschwieben, ob er anfragen könnte; es muß doch anderwärts noch schlechter sein.“ Wie oft kommt es vor, daß Kollegen wegen ihrem offen vertretenen Standpunkt auf Innehaltung oder Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beim Arbeitgeber nicht gut angeschrieben sind, und durch eintretende Umstände wird dieser Zustand verschärft. Laufen Arbeitsangebote ein, dann ist doch sicher, daß der Arbeitgeber nun mehr als sonst den „Herrn im Hause“ herauskehrt. Es gilt daher auch für die Korbmacher, die alten Gewohnheiten zu verlassen und den Arbeitsnachweis zu benutzen. Im vorigen Herbst stimmten unsere Kollegen der Weiskbranche dem Angebot der Arbeitgeber auf Einführung von nur Lohnarbeit zu; jedoch in letzter Zeit hat sich gezeigt, daß Herr Korbmachermeister Mittelstraß auf die Einhaltung des Pensums Wert legte und erklärte: „Sie kommen nicht auf Ihren Lohn.“ Die Kollegen waren nicht gewillt, auf eventuell wieder einzuführende Arbeit eingehen, und gingen. Es wird erwartet, daß sich unsere reisenden Kollegen danach richten, daß es bei uns nur Lohnarbeit gibt, und uns nicht unbewußt schädigen. Dieses kann vermieden werden, wenn man bei allen Arbeitsangeboten den Verbandsnachweis benutzt.

Buchholz i. S. In unserer am 1. März abgehaltenen Versammlung gab Kollege Bergelt den Bericht von der letzten Gaukonferenz, nachdem man zuvor des verstorbenen Kollegen Klopff gedachte und sein Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt hatte. Ein Mahnwort muß den Kollegen im Erzgebirge immer wieder zugerufen werden: Raftt euch auf, legt alle persönlichen Streitigkeiten beiseite, nur dann kann auch sowie eurer Familie der Nutzen der Organisation zugute kommen. Es ist eine dringende Aufgabe der Mitglieder unserer Zahlstelle, noch mehr Kollegen aufzuklären und sie dem Verband zuzuführen, damit, wenn ernste Pflichten an uns herangetragen, wir auch gewappnet sind. Das ist um so notwendiger, als bei uns im Erzgebirge die Unternehmer über eine starke Organisation verfügen. Arbeiten wir nur unermüdet weiter für unseren Verband, so muß uns doch der Sieg werden, trotz alledem!

Coburg. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung fand am 8. März im Saal der Grübeleit statt. Mit unseren Erwartungen betreffs des Besuchs sind wir einmal angenehm enttäuscht worden. Während wir sonst höchstens 40 Kollegen in eine solche Versammlung bekommen konnten, zählte die letztere etwa 120 Kollegen. Kollege Hesse-Weimar hielt einen vorzüglichsten Vortrag über: Der Kapitalismus. Wir können mit dem Verlauf dieser Versammlung zufrieden sein, es hätten aber noch viel mehr Kollegen anwesend sein können,

zählt doch die Zahlstelle jetzt 110 Mitglieder, ungerchnet die unorganisierten Kollegen. Aber ein Teil dieser Kollegen denkt immer, außerhalb der Werkstatt nur in anderen Kreisen verkehren zu dürfen. Und die Unorganisierten, hauptsächlich die Korbmacher, lassen sich erst recht nicht sehen, aus Angst, zur Organisation aufgefordert zu werden. Hat doch kürzlich in einer Werkstattversammlung ein Kollege auf das Gesuchen, sich doch zu organisieren, ganz erschrocken erklärt, das dürfe er nicht, da seine Mutter patriotische Wäsche wasche (für die Soldaten). Und doch ist nur durch Einigkeit etwas zu erreichen, was erst diese Woche der Holzwarenfabrikant Kiesewetter erfahren mußte. Durch einmütige Arbeitsniederlegung und zweitägigen Streik mußte sich derselbe zu verschiedenen Zugeständnissen bequemen. Die Lokalverwaltung aber wird keine Kosten und Mühe scheuen, das Evangelium der Organisation in immer weitere Kreise zu tragen, sie bedarf aber dazu auch der Unterstützung durch die Mitglieder. Es ist in letzter Zeit in bald jeder Versammlung ein wissenschaftlicher oder anderer Vortrag gehalten worden und würden die Mitglieder durch regelmäßigen Besuch dieser Versammlungen der Lokalverwaltung die größte Freude und einen Ansporn zu einer schaffensfreudigen Tätigkeit bereiten.

Crefeld. In einer am 14. März abgehaltenen außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Gauvorsitzer Hartung über die Kündigung des Tarifs im Holzgewerbe. Im Verlauf seiner Ausführungen kam er auch auf die Kündigung des Tarifs hier am Orte zu sprechen. Die Arbeitgeber beabsichtigen, die 10stündige Arbeitszeit wieder einzuführen; das werde und könne unter keinen Umständen gebuldet werden, vielmehr sei es ganz selbstverständlich, daß bei Abschluß eines neuen Tarifs unbedingt Verbesserungen aufgenommen werden müßten. Sollte es jedoch auf der ganzen Linie zum Kampfe kommen, würden sie die Holzarbeiter gestützt finden. Die Stimmung der Versammlung fand Ausdruck in einer einstimmig angenommenen Resolution, in welcher die vom Arbeitgeberverband vorgeschlagene Regelung der Arbeitsverhältnisse entschieden abgelehnt, dagegen die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, einen mehrjährigen ehrlichen Frieden durch den Abschluß eines neuen Vertrags mit den Arbeitern zu schließen, unter der Voraussetzung, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entsprechend den heute durch die Lebensverhältnisse an den Arbeiter gestellten Anforderungen verbessert werden. Alsdann wurde im Prinzip beschlossen, vom 1. April ab für die Dauer von zwei Monaten einen weiteren Ertragsbeitrag von 20 Pf. pro Woche zu erheben, jedoch soll hierüber eine Urabstimmung vorgenommen werden. Zum Stettiner Verbandstag beschloß die Versammlung, den Kollegen Clement der 94. Wahlabteilung als Kandidaten zu empfehlen.

Dortmund. Für die Stadt Dortmund waren von der Ortsverwaltung am 8. März drei öffentliche Holzarbeiterversammlungen arrangiert mit der Tagesordnung: „Wollen die Dortmunder Kollegen den Fehnhundentag?“ Zweck dieser Versammlungen war, den Kollegen die augenblickliche Situation im rheinisch-westfälischen Baugewerbe vor Augen zu führen, sie darauf aufmerksam zu machen, daß aus dem Verlangen der Unternehmer bei den Verhandlungen in Offen zwecks Erneuerung der am 30. April d. J. ablaufenden Verträge sehr wohl der Schluß gezogen werden kann, daß in Zukunft auch die Holzarbeiter mit dem im Vertragsmuster vorgesehenen Fehnhundentag wieder beglückt werden sollen. Das würde für die Holzarbeiter in Dortmund eine Verlängerung der Arbeitszeit um vier Stunden pro Woche bedeuten. Die Arbeitervertreter sollen bekanntlich vor Beginn der bis zum 23. März vertagten Verhandlungen die Erklärung abgeben: „Wir verzichten auf jede Lohn-erhöhung und auf jede Arbeitszeitverkürzung, dagegen erkennen wir an, daß die Bauunternehmer unumschränkte Herren über uns sind.“ Alle drei Versammlungen waren gut besucht. Daß die Dortmunder Kollegen auf dem Posten sind, einmal errungene Vorteile zu verteidigen, und alles daran setzen werden, auch zukünftige Verträge zum Nutzen der Kollegen zu gestalten, darf wohl richtig heute schon konstatiert werden. Die vorliegenden Berichte von der jetzt schon fast zu Ende gekommenen Verhandlung sollen noch tabellarisch zur Ergänzung der Organisationsarbeiten benutzt werden. Folgende Resolution fand begeisterte Annahme: „Die am 8. März tagenden öffentlichen Holzarbeiterversammlungen erklären sich mit den Ausführungen der Referenten voll und ganz einverstanden. Als einen Akt reinster Scharfmacherwillkür betrachten sie es, daß das Unternehmertum zurzeit in allen Städten, wo Verhandlungen zwecks Neuabschluß von Tarifverträgen mit den Arbeitnehmern in die Wege geleitet sind, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht eingeht, vielmehr dieselbe zu verlängern sucht. So ist auch für Dortmund der Fehnhundentag wieder vorgesehen, trotz der schlechten Konjunktur. Dieses Vorgehen nicht allein abzuwehren, sondern die Dauer der Arbeitszeit herabzusetzen zum Vorteile der Arbeiterkraft in hygienischer Beziehung, bedingt eine starke Organisation. Die Versammlungen werden im Sinne der Referenten handeln und alles daran setzen, den letzten noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen.“

Gautzberg-Altena. (Vergolder.) Am 7. März fand hier eine Agitationsversammlung statt, zu welcher Kollege Späthe aus Berlin als Referent erschienen war. Der gute Besuch der Versammlung läßt darauf schließen, daß jetzt wieder ein festlicher Zug unter die Kollegen kommt, nachdem die Mitgliederzahl seit dem Übertritt zurückgegangen war. Das ist aber auch dringend notwendig, denn die Arbeitsbedingungen sind durchaus nicht glänzend. Ganz besonders gilt das von der Fabrik von Wahr & Gerken, wo durch Teilarbeit und ein raffiniertes Zwischmeisterstystem die Ausbeutung der Arbeiter einen hohen Grad erreicht hat. Ohne von 17 bis 20 Uhr keine Seltenheit, dafür sind Überstunden an der Tagesordnung. Zu diesen Zuständen paßt es, daß die Organisation in diesem Betrieb sehr im argen liegt. Aber auch in den anderen Betrieben lassen die Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Jungenliche Arbeiter werden in großer Zahl beschäftigt, und die Organisationszersplitterung — gehört doch ein beträchtlicher Teil der Kollegen dem Fabrikarbeiterverband an — ist dem Fortschritt wenig förderlich. Was vielen unserer Kollegen fehlt, ist mehr Männlichkeit; meinen doch viele, ihre Lage haben zu können, wenn sie ein Wettstreichen um besser bezahlte Posten anstellen. Aber auch bei den Zwischenmeistern wird einer immer gegen den anderen ausgespielt, und es wird jetzt die Frage erwogen,

ob es sich nicht empfiehlt, die Zwischenmeister mit in den Verband aufzunehmen. Alles in allem genommen wäre es dringend an der Zeit, eine durchgreifende Verbesserung der Lage der hiesigen Vergolder herbeizuführen. Das wird aber nicht früher geschehen, als bis sich die Kollegen ihrer Pflicht bewußt werden und Mann für Mann der Organisation beitreten. Zum Glück berechtigt die jetzt eingeleitete Agitation zu der Hoffnung, daß dieses Ziel in nicht zu fernem Zeit erreicht wird.

Hannau a. Rh. Die Kollegen, welche hier zureisen, machen wir auf die Firma Gebrüder Leist aufmerksam. Der Firma beliebt es, Tischler auf Probe einzustellen, und zahlt den horrenden Lohn von 3 Mk. pro Tag. Verlangt der Kollege nach der Probezeit mehr, so erhält er sofort seine Entlassung.

Johannestadt. Am 1. März fand im Hotel Westburg eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Unger unserem verstorbenen Kollegen Klopff einen Nachruf. Dann erstattete Kollege Unger Bericht über die Gaukonferenz. Über die gegenwärtige Krise und die Lage der Holzindustrie referierte hierauf Kollege Mastronitz-Schönheide. Es wurde ihm am Schluß seines Referats reicher Beifall zuteil. Hierauf wurde zum Verbandstag Stellung genommen. Kollege Unger bedauerte die vom Hauptvorstand getroffene Einteilung der Wahlabteilung, indem es uns unmöglich ist, einen Kollegen zum Verbandstag durchzubringen. Trotzdem wurde nach längerer Debatte Kollege Unger als Delegierter aufgestellt. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung nach einem kräftigen Schlusswort und mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband, in welchem die Kollegen mit einstimmten, von dem Kollegen Unger geschlossen.

Kirchheim u. S. Die letzten Mitgliederversammlungen beschäftigten sich hauptsächlich mit den hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Firmen Eppe & Ege und Kolbrer & Gerber. In diesen beiden Betrieben ist die überwiegende Mehrheit organisiert. Bei der Firma Eppe & Ege ist es ja nur ein kleiner Bruchteil, welcher noch fernsteht, es ist doch jedenfalls der Mehrheit möglich, wenn sie richtig vorgeht, diese Hartnäckigen zu gewinnen. Die Kollegen sollten doch nicht immer sagen, daß der Verband für Kirchheim doch nichts leiste. Der Verband hat fithmahr schon allenthalben gute Erfolge gebracht, weshalb nicht hier, wenn die Kollegen für eine gute Organisation sorgen? Kollegen, es ist eure Pflicht, dem Verband treu zu bleiben und ihn zu stärken. Ihr sollt nicht meinen, ich habe es nicht notwendig, weiter zu bezahlen, es wird ja doch nichts gemacht. Nein, Kollegen, das ist ein ganz falscher Standpunkt. Nur wer strebend sich bemüht, dem kann der Verband helfen, und es wird sicher auch hier vorwärts gehen, wenn die Kollegen besser zur Organisation halten. In der letzten Versammlung wurde beschlossen, einen Kandidaten aus der Mitte der Versammlung zum Verbandstag nach Stettin aufzustellen, da Kirchheim die größte Zahlstelle der 94. Wahlabteilung ist. Kollege Gläcker wurde nun einstimmig hierzu aufgestellt. Die Zahlstellen der 94. Abteilung werden ersucht, ihre Stimme unserem Kandidaten zukommen zu lassen. Die hiesigen Kollegen werden ersucht, alle zur Wahlurne zu gehen und ihre Stimme unserem Kandidaten zu geben.

Leipzig. Die Modell- und Fabriktschler beschäftigten sich am 6. März nochmals mit ihrer Arbeitsvermittlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Klopff, durch Erheben von den Plätzen. Die Sektionsleitung legte hierauf, einem Auftrag der vorigen Versammlung entsprechend, Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung vor. Die einzelnen Punkte derselben, nach denen Umschauen, briefliche Anfragen an Unternehmer und ähnliches auf keinen Fall statthaft ist und arbeitslose Kollegen in allen Fällen verpflichtet sind, den Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes zu passieren, wurden einstimmig beziehungsweise mit großer Majorität angenommen. Die Werkstattdelegierten wurden verpflichtet, offene Stellen unverzüglich im Verbandsbureau zu melden und von allen im Betrieb in Arbeit tretenden Kollegen den Kontrollschein des Verbandsarbeitsnachweises einzufordern. Mehrere auf Verlangen der vorigen Versammlung vorgelegte Punkte, die Veränderungen der für die Reihenfolge der Arbeitsvermittlung bestehenden Grundsätze enthielten, wurden nach eingehender Diskussion abgelehnt. Ein Antrag, die Bestimmungen vervielfältigen zu lassen und allen Kollegen zu übermitteln, wurde ohne Debatte angenommen. Unter „Gewerkschaftliches“ rügte die Sektionsleitung die Saumseligkeit eines großen Teiles der Werkstattdelegierten. So setzen zum Beispiel die im Auftrag der Zentralkommission ausgegebenen Fragebogen zum Teil sehr mangelhaft oder gar nicht zurückgefordert worden. Gerade den auf die hygienischen Einrichtungen bezüglichen Fragen habe man wenig Interesse entgegengebracht. Doch sei trotz der ungenügenden Beantwortung ersichtlich, daß in den meisten Betrieben — hauptsächlich in den Modellfabriken — auf diesem Gebiete geradezu erbärmliche Zustände bestehen. Die Kollegen wurden aufgefordert, auf Befreiung derselben zu bringen. Bezugnehmend auf obigen Bericht, machen wir die auswärtigen Kollegen in Anbetracht der mit Eintritt des Frühjahrs zunehmenden Neiselbst darauf aufmerksam, daß briefliche Anfragen an hiesige Unternehmer, Umschauen und ähnliches unbedingt zu unterlassen ist. Uns war es im vorigen Herbst möglich, in einer Reihe Betriebe wesentliche Verbesserungen zu erringen. Wenn aber die Unternehmer in der jetzigen ungünstigen Konjunktur tagtäglich von schriftlichen und mündlichen Angeboten geradezu überflutet werden, so muß sie das direkt zeigen, immer höhere Anforderungen an „ihre“ Arbeiter zu stellen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Und das muß doch gewiß mit allen Mitteln verhütet werden. Aus der von der Zentralkommission herausgegebenen Statistik geht zweifellos hervor, daß viele Sektionen in der Frage der Arbeitsvermittlung noch keinen Finger rühren gemacht haben. Schon oft haben wir an dieser Stelle auf unseren Arbeitsnachweis verwiesen, immer mit minimalem Erfolg. Die Leipziger Kollegen werden in Zukunft scharf darüber wachen, daß ihre Beschlüsse von allen Kollegen respektiert werden.

Wiesbaden. Einem Taubenschlag gleicht die hiesige Spielwarenfabrik. Vor drei Wochen sind vier Mann entlassen worden, am 14. März wurde wieder drei Mann gekündigt angeblich wegen Arbeitsmangel; in Wirklichkeit

aber, weil sie sich die Schikantierung nicht ruhig gefallen ließen. Der Betriebsleiter Herr Otto Keitel, früheres Verbandsmitglied, hat sich so recht als Lohndrücker und Schikantierer entpuppt. So hat er vor kurzem einen Kollegen von Oldenburg hergelockt unter allen möglichen Versprechungen, und hier bekommt er 30 Pf. Stundenlohn; in Alford kommt er auf 22 bis 24 Mk. und muß mit der Frau Tag und Nacht arbeiten. So stehen die Verhältnisse in der Spielwarenfabrik e. G. m. b. H. Böffau. Die auswärtigen Kollegen mögen diesen Betrieb nicht zu sehr belästigen, denn sie sehen, in welches Eldorado sie gelangen, wenn sie ihre Schritte nach Böffau wenden.

Mannheim. (Modellschreiner.) Wir machen die reisenden Kollegen, sowie die in Mannheim und Umgebung wohnenden an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß trotz des Arbeitsnachweises des Metallindustriellenverbandes nur ausschließlich unser Verbandsarbeitsnachweis benutzt werden darf. Derselbe befindet sich im Verbandsbureau R 3 Nr. 14 II. Jeder Kollege, der hier in Arbeit tritt, muß die von der Zahlstelle Mannheim eingeführte blaue Karte bei dem betreffenden Vertrauensmann abgeben.

Oberhausen. Am 7. März referierte hier in einer Mitgliederversammlung Bauvorsteher Meyer über: „Der Deutsche Holzarbeiterverband und die gegenwärtige wirtschaftliche Lage“. Seine Ausführungen gingen darauf aus, daß der Kampf des vorigen Jahres wohl noch nicht der größte gewesen ist, den der Holzarbeiterverband durchzuführen hatte, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach noch in diesem Jahre seine Wiederholung fände. Auch Oberhausen werde durch das Vorgehen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den Kampf hineingezogen und hätten sich die Kollegen jetzt schon auf diesen Kampf einzurichten, vor allen Dingen dadurch, daß mit aller Energie die Reihen der Organisation gestärkt werden. Dieses versprechen die Kollegen auch zu tun, und ist zu hoffen, daß durch die jetzt einsetzende Agitation alle fernstehenden Kollegen der Organisation bald zugeführt werden.

Zuffenhausen. In der Stuhlfabrik von Gebrüder Weith und Sigloch sind nun seit ganz kurzer Zeit 7 Kollegen entlassen worden, die drei ersteren derselben (Polierer) arbeiteten dort im Alford und machten sogenannte Theaterstücke, die sie mit einer Patentpolitur einreiben mußten, wofür sie pro Stück 35 Pf. erhielten. Herr Sigloch verlangte nun, daß die Stühle poliert werden müßten; unsere Kollegen hatten natürlich dagegen nichts einzuwenden, nur verlangten sie, daß sie dafür auch mehr Lohn bekommen, da die Arbeit bedeutend mehr Zeit in Anspruch nahm. Herr Sigloch beharrte aber darauf, daß nur 35 Pf. bezahlt werden und mehr nicht. Unsere Kollegen verlangten hierauf, daß ihnen der Lohn garantiert werde, der in unserem Vertrag mit der Firma vorgesehen ist, worauf Herr Sigloch ihnen zur Antwort gab, daß er Faulenzern, Schmierern, Materialverschwendern keinen garantierten Lohn bezahle. Unsere Kollegen wußten natürlich, um was es sich drehte, und arbeiteten ruhig an ihrem alten Alford weiter, bis ihnen die Arbeit vom Geschäftsführer weggenommen wurde, so daß sie die Entlassung nehmen mußten, obwohl beiderseitige 14 tägige Kündigungsfrist in der Fabrik bestand. Diese Behandlung ließen sich unsere Kollegen nicht so ohne weiteres gefallen, und strengten wegen kündigungloser Entlassung Klage gegen die Firma vor dem Gewerbegericht an. Die Sache kam dann auch zur Verhandlung, der Fall wurde aber vom Gericht an unsere Schlichtungskommission zurückverwiesen, da das Gericht der Ansicht war, daß sich erst diese Kommission mit dem Fall beschäftigen solle, obwohl Herr Sigloch im Einverständnis mit unserem Vertreter der Klage verzichtete, diese Kommission anzurufen. Diese Kommission beschäftigte sich dann auch alsbald mit der Angelegenheit und kam zu dem einstimmigen Beschluß, daß unsere Kollegen zu Unrecht entlassen worden sind. Ein diesbezügliches Protokoll wurde Herrn Sigloch vorgelegt, dieses erkannte aber diesen Beschluß nicht an, da er der Ansicht ist, diese Kommission sei nicht richtig zusammengesetzt, obwohl 3 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer diese Kommission bilden, den Vorsitz führt jeweils ein Arbeitgeber. Nun hat die Firma Beschwerde an das Landgericht in Stuttgart eingereicht, wir warten ruhig ab, was kommt. Nun will sich Herr Sigloch rächen, er will sich vor Schaden bewahren, gleich darauf hat er die Kündigung aufgehoben, aber damit noch nicht genug, er verlangte nun von einigen Kollegen, die er am liebsten hatte, daß sie sich durch Unterschrift verpflichten sollen, auf unsere vertraglichen Bestimmungen zu verzichten. Als sie sich natürlich weigerten, wurden sie sofort entlassen. Auf dieses Vorgehen wurde der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle vorstellig, es wurde ihm aber von Herrn Sigloch klar gemacht, was er im Schilde führt; er meinte, die Herren vom Verband machten ihm fortgesetzt Schwierigkeiten, hekten seine Leute auf, zögen ihn vor das Gewerbegericht und dergleichen. Der Vertrag, der mit uns abgeschlossen ist, sei in seiner Fabrik nicht durchführbar, denn den Lohn könne er nicht garantieren, schon wegen dem schlechten Geschäftsgang. Er lasse die Arbeiter unterschreiben, daß sie auf solche Bestimmungen verzichten müssen, auch schließe er Privatverträge ab, um gestrichelt zu sein. An dem Vertrag ist ihm nichts mehr gelegen, und könnte derselbe zu jeder Zeit gelöst werden. Nun gut, wir wissen jetzt, woran wir sind; ganz neu ist uns ja das nicht, weil die Firma den Vertrag schon von jeher durchbrochen hat, aber nun mit einmal so prozig, weil der Geschäftsgang flau geht! Das kommt auch wieder besser; der Vertrag gilt auch bei flauen Zeiten! Aber zum Auflösen des Vertrags haben die Herren vom Verband jetzt keine Zeit, die müssen jetzt erst richtig danach schauen, daß derselbe genau eingehalten wird. Unsere Aufgabe ist es, die dortigen Arbeiter aufzuklären und dem Verband zuzuführen; wenn dann der Geschäftsgang besser ist, sprechen wir etwas deutlicher. Wenn Sigloch sich durch Privatverträge sichern will, so glauben wir, es gibt nicht lauter Dumme, die darauf hereinfallen. Kollegen, nehmt euch hier eine Beispiel, und tretet ein in unseren Verband, dann wird auch mal die Zeit kommen, daß solche Zustände aufhören.

!!! Kollegen! Zahlt pünktlich eure Beiträge! !!!
Pünktliche Beitragszahlung erleichtert die Mitgliedschaft im Deutschen Holzarbeiterverband.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugul!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

- Zugul ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Tischarbeitern** nach Danenberg a. Elbe (W. Jelenitz), Reichenhausen, Schwedt a. Oder, Straubing, Biel, Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz;
 - Tischlern, Stuhlbanern, Drechslern und Maschinenarbeitern** nach Lauterberg a. Harz;
 - Stellmachern** nach Dresden (Wagenfabrik Diebscher);
 - Korbmachern** nach Ropenhagen;
 - Pantinenmachern** nach Belgig (Menzel), Wittstock (Falkenthal);
 - Werkstarbeitern** nach Lauenburg a. Elbe;
 - Sägern** nach Kirchseeon in Oberbayern (DeLoges) und Straubing.

In Danzig legten bei der Firma G. & C. Körner am 14. Januar 24 Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Die Gründe hierzu sind folgende: Als im Oktober 1906 mit dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe ein auf 3 1/2 Jahre lautender Tarifvertrag mit einer alljährlichen Zulage von 2 Pf. pro Stunde und einem 5prozentigen Alfordzuschlag abgeschlossen wurde, erkannte auch obgenannte Firma, welche nicht dem Arbeitgeberverband angehört, nach einem 5 Wochen langen Kampfe denselben Vertrag an. Die erste Zulage sollte nun am 1. Januar d. J. erfolgen. Dieses geschah zum größten Teil auch bei denjenigen Unternehmern, die dem Arbeitgeberverband angehören. Nur die Baufirma Körner gab keine Lohnzulage, verübte also Vertragsbruch. Als unsere Verwaltung in Gemeinschaft mit dem Gewerbevereins diesbezüglich bei der Firma vorstellig wurde, schenkte der immer sehr erregte Herr Körner derselben kein Gehör, sondern wies ihr die Tür mit den Worten: Dort ist die Grenze. Hierauf legten die Kollegen die Arbeit nieder. Leider ist es in dem 7 Wochen langen Kampfe der Firma gelungen, einige Arbeitswillige zu erhalten. Allerdings handelte es sich um wenig tüchtige Kräfte, die zum Teil dem Alkoholgenuss fleißig frönen. So waren wir gezwungen, da keine Aussicht auf Erfolg mehr bestand, den Kampf nach 7 Wochen aufzuheben. Es muß nun Aufgabe der organisierten Kollegen sein, von der Firma bei einem besseren Geschäftsgang das uns jetzt Verlorene wieder zurückzuerkämpfen. — Die Kollegen hatten bei der Firma dadurch sehr zu leiden, daß ihnen das Alfordgeld selten freiwillig gezahlt wurde; in den meisten Fällen ließ sich die Firma verklagen, und war somit Herr Körner beim hiesigen Gewerbegericht eine ganz bekannte Persönlichkeit. So spielte sich am 9. Januar ein interessanter Fall bei einer Verhandlung im hiesigen Gewerbegerichtssaal ab. Ein Kollege hatte auch genannte Firma wegen Vertragsbruch angeklagt; derselbe hatte eine Arbeit in Alford im Gesamtpreis von 95 Mk. übernommen, wurde aber nach 4stündiger Arbeit entlassen. Das hiesige Gewerbegericht gab in diesem Falle dem Kläger Recht, so daß Körner für 4 Stunden geleistete Arbeit den annehmbaren Lohn von 95 Mk. bezahlen mußte. Darüber geriet Körner in große Erregung und drohte laut unserem Kollegen Huber, der beim fraglichen Termin als Besitzer der Arbeitnehmer des hiesigen Gewerbegerichts anwesend war: „Sie werden auch das 30jährige bekommen, und ich kündige hiermit den Vertrag.“ Derartige Fälle könnten noch eine ganze Reihe angeführt werden, aber schon aus Angeführtem können die interessierten Kollegen ihre Folgerungen ziehen. Im übrigen ist es notwendig, daß auch die hiesigen Holzarbeiter einmal die Augen öffnen und nicht so gleichgültig über alles hinweggehen, damit auch hier einmal daran gedacht werden kann, Arbeitsverhältnisse, die unsere Kollegen in anderen Ortschaften schon längst haben, einzuführen. Auch sind die Tarifverträge zu beachten, denn die letzten Mitgliederversammlungen wirkten durch den schlechten Besuch beschämend auf uns. Kollegen, deshalb rufen wir euch zu: Hinein in die Organisation, dann wird es für die Holzarbeiter auch in Danzig besser werden.

In Gesehacht haben in der Gruntorbbranche sämtliche Arbeitgeber den geforderten Lohntarif anerkannt bis auf J. Holert, der den geforderten Stundenlohn von 50 Pf. pro Stunde für Nebenarbeiten nicht anerkannte, und H. Jeyn, der sich auch auf nichts eingelassen hat. Somit sind die beiden genannten Betriebe bis auf weiteres zu meiden.

In Königstein, Pirna und Schandau hatten im Frühjahr 1906 die Werkstarbeiter ihren Unternehmern Forderungen unterbreitet. Diese Bewegung brachte für die Kollegen in Pirna und Königstein nur einen Zellerfolg und nahm in Schandau einen kläglichen Verlauf. Zwar die Hälfte der in Schandau beschäftigten Werkstarbeiter konnten damals die in Aussicht genommenen Verhandlungen nicht abwarten, sondern schritten vorzeitig und eigenmächtig zur Arbeitseinstellung. Der Unternehmer verstand es alsdann, durch Entlassungen die noch in Arbeit stehende Hälfte der Kollegen einzuschüchtern und dadurch ein gemeinsames Vorgehen der Arbeiterschaft zu verhindern. Nun einmal die Macht in den Händen, nutzte der Unternehmer dieselbe aus und verlangte von seinen Leuten den Austritt aus dem Verband. Ungeglücklich, kamen die Kollegen diesem Verlangen nach, und alle späteren Agitationsversuche scheiterten an übertriebener Furcht vor Entlassung. Die Kollegen in Pirna und Königstein, welche ihre Organisation aufrechterhielten, haben aber nun von der Freigabe ihrer Schandauer Kollegen zu leiden. Nicht mit Unrecht hatten die Werkstarbeiter in Pirna und Königstein die Forderungen ihrer Arbeiter nach Lohnhöhung mit dem Hinweis auf die Schandauer Konkurrenz zum größten Teile abgelehnt. Durch ihren Indifferentismus wurden die Schandauer Werkstarbeiter nicht nur selbst zu niedrigen Löhnen ausgebeutet, sondern sie wurden auch ein Gemisch ihrer vorwärtsstrebenden Berufskollegen in Pirna und Königstein. Vor wenigen Wochen entschlossen sich nun die Kollegen in den letzten beiden Orten, mit Zustimmung des Verbandsvorstandes erneut Lohnhöhung zu fordern. Die Unternehmer erklärten die geforderten 5 Pf. Lohnhöhung pro Stunde zwar für be-

rechtigt, aber die Gefahr der Schandauer Konkurrenz zwingte sie, nur einer Lohnhöhung von 2 bis 3 Pf. zuzustimmen. Da durch das indifferente Verhalten der Schandauer Werkstarbeiter dies leider den Tatsachen entspricht, begnügten sich die Kollegen in Pirna und Königstein mit den Zugeständnissen, hoffend, daß ihre Schandauer Berufskollegen doch auch einmal die Schädlichkeit ihres Verhaltens einsehen werden. Herr Schinke, Werkstarbeiter in Schandau, ist ein schlauer Herr, und als solcher merkte er bald, daß dieser Erfolg der Werkstarbeiter in Pirna und Königstein geeignet ist, auch seine Arbeiter aufzurütteln. Um dem vorzubeugen, machte er durch Anschlag seinen Arbeitern bekannt, daß er die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöhen wird. So ist er mit einer geringen Lohnhöhung davon gekommen, seine Arbeiter schlafen weiter und lassen sich von ihren Pirnaer und Königsteiner Berufskollegen auch weiterhin die Kastanien aus dem Feuer holen, und Herr Schinke bleibt unbeschränkter „Herr im Hause“. Ob bei den Schandauer Werkstarbeitern noch die Erkenntnis kommen wird, daß ihre Lohnhöhung eine Folge des Vorgehens der Organisation in Pirna und Königstein ist, und daß der Erfolg für alle größer sein konnte, wenn sie auch eine geschlossene Organisation besäßen würden? Doch hoffen wir, daß auch die Schandauer Kollegen sich der traurigen Rolle bewußt werden, die sie gespielt haben, und sich der Organisation ebenfalls anschließen.

Ausland.

In Zürich ist, wie bereits berichtet, die Aussperrung der Schreiner beendet. Da jedoch die Zahl der Arbeitslosen immer noch recht erheblich ist und die Unternehmer bestrebt sind, trotzdem neue Arbeitskräfte nach Zürich zu locken, um die mißliebigen Arbeiter maßregeln zu können, werden die Kollegen gebeten, keine Arbeit nach Zürich anzunehmen, ohne vorher bei der dortigen Verwaltung des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes Erkundigungen eingeholt zu haben.

In Steinach am Brenner in Tirol befinden sich die Tischler, Orgelbauer, Drechsler und Bildhauer in einem Lohnkampf. Zugul ist fernzuhalten.

In Brüssel ist der vor drei Monaten bei der Firma Max Speck, Stockfabrik, ausgebrochene Streik infolge Streikbruchs verloren. — Den auswärtigen Kollegen diene zur Kenntnis, daß sich das Verkehrslokal der Gewerkschaft der Stockmacher jetzt Maison du Peuple, Chaussée de Gand, befindet.

Aus der Holzindustrie.

Wie der Christliche Holzarbeiterverband zu Tarifverträgen kommt.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: In Nr. 8 vom 21. Februar veröffentlichte der christliche „Holzarbeiter“ in behaglicher Breite alle im Jahre 1907 abgeschlossenen Tarifverträge, worunter sich auch der Mannheimer Vertrag befand. Um nun der Öffentlichkeit zu zeigen, auf welche Weise die Christlichen Tarifverträge abzuschließen, sei der Verlauf der Bewegung hier noch einmal kurz geschildert.

Am 1. Januar v. J. kündigte die hiesige Schreinermeistervereinigung den Tarif der Bauanschläger mit dem Bemerken, daß sie einen Tarif für das ganze Gewerbe abzuschließen gemillt sei, worauf dann am 1. Februar der mit den Werkstattschreibern vereinbarte Tarif von der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes auf 1. Mai gekündigt wurde. Noch vor Ablauf der Kündigung kam mit den größeren Geschäften eine Einigung zustande. Erreicht wurde eine Erhöhung der Mindestlöhne um 2 Pf., eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde und sonstige Verbesserungen. Die Schreinermeistervereinigung, die zuerst einen einheitlichen Vertrag wollte, lehnte nicht nur jedes Zugeständnis ab, sondern legte den Anschlägern einen verschlechterten Vertragsentwurf vor. Es kam dann im Laufe des Sommers zu einem erbitterten Streik, der erst im Herbst endete, daß die Schreinermeistervereinigung den mit den größeren Geschäften vereinbarten Vertrag ebenfalls anerkannte.

Über dieses Vorgehen waren die Christlichen furchtbar erregt, und ihr Vorsitzender erklärte nach Aussage von Mitgliedern des christlichen Verbandes in ihrer Versammlung: „Wenn der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in den Streik tritt, dann werden wir ihm ein zweites Köln bereiten.“ Eine solche Dreistigkeit hatte man dem Holzarbeiterverband ja nicht zugetraut, daß er selbständig in eine Bewegung eintritt, ohne die Christlichen, die dabei mit fünfzehn Männlein in Betracht gekommen wären, um Erlaubnis zu fragen. Die christlichen Führer haben dann auch während des Streiks ihre zugereisten Mitglieder in die vom Holzarbeiterverband gesperrten Betriebe unterzubringen versucht und diese zum Streikbruch verleitet. Allein diese christlichen Kollegen waren nicht so ehrlos wie ihre Führer, denn über die Ursache des Streiks aufgeklärt, schlossen sie sich den Streikenden an. Aber was geschah! Der Vorsitzende der Christlichen erklärte: „Streikunterstützung gibt es keine, für uns existiert dieser Streik nicht.“ So haben Mitglieder der christlichen Organisation, unterstützt vom Holzarbeiterverband, mitgestreikt, oder sie wurden mit Reisegeld versehen und abgehoben.

Auch in dem Organ der Christlichen hatte man einen spaltenlangen Artikel über „das Ende der Tarifbewegung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes“ gebracht und haarfahrig nachgewiesen, daß dieser neue Tarif eine Verschlechterung für die Arbeiter bedeute. Vergnügt rief der Artikelsschreiber aus: „Uns kann es recht sein, denn unser Vertrag läuft weiter.“ Hier hatten die Christlichen die bekannte Taktik der Girsch-Dunderschen Führer befolgt, die ihren Mitgliedern den Rat geben, bei Lohnbewegungen der freien Gewerkschaften sich recht radikal zu gebärden usw. Was taten jedoch dieselben christlichen Führer, die Streikbrecher vermittelten, die in ihrer Presse die Ermengenschaft als Verschlechterung bezeichneten, nach Abschluß des Vertrages? Sie liefen in aller Stille zu den Arbeit-

geben und baten, man möge doch auch sie den mit dem Holzarbeiterverband vereinbarten Tarif mitunterzeichnen lassen. So ist es auch erklärlich, daß sie sich schämten, das Datum des Abschlusses mit zu veröffentlichen; man begnügte sich mit der Jahreszahl 1907.

Was mag das organisierte Unternehmertum eine Angst haben vor solchen Christlichen, die ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen und deren Erfolge dann als eine Errungenschaft der christlichen Gewerkschaften in die Welt posaunen!

Kleinliche Scharfmacherei. Bekanntlich befinden sich unsere Genossen in Preußen zurzeit in einem schweren Kampfe um Eringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtag. Am 18. März soll nun in den Industriezentren eine von der sozialdemokratischen Partei arrangierte Wahlrechtsdemonstration stattfinden, und zwar, um sie wirksamer zu gestalten, bereits am Spätnachmittag. Ausdrücklich war vorgesehen, daß die 1/4tägige Unterbrechung der Arbeit nur im Einverständnis mit den Unternehmern stattfinden sollte, und es war kein Zweifel darüber gelassen, daß es sich dabei nicht um eine Demonstration gegen die Unternehmer, sondern gegen die preussische Reaktion handle. Trotz alledem haben namhafte Scharfmacherorganisationen, darunter auch der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe, beschlossen, alle am 18. März auch nur kurze Zeit feiernden Arbeiter bis zum 23. März auszusperren. Die „Fachschriftung“ bringt ihren Getreuen diesen Beschluß an hervorragender Stelle zur Kenntnis.

Eine solch kleinliche Scharfmacherei ist uns doch noch nicht vorgekommen. Und das 8 Tage vor den „Friedens“-verhandlungen in Leipzig! Anscheinend will der Schutzverband durch diesen unfreundlichen Akt nur wieder beweisen, daß „Friedfertigkeit“ und Scharfmacherei bei ihm verwandte Begriffe sind. Es ist übrigens nicht uninteressant, zu beobachten, wie der Schutzverband Demonstrationen gegen die preussische Reaktion zu vereiteln versucht. Rechnen sich die Schutzverbandsleute zu den preussischen Reaktionsären? Jedenfalls nicht übel!

Der Anschluß an den Holzarbeiterverband wird im Zentralverband der Böttcher erwogen und soll dessen bevorstehende Generalversammlung beschäftigen. Wir stehen derartigen Bestrebungen ziemlich kühl gegenüber. So wünschenswert wir auch die Bildung großer, leistungsfähiger Industrieverbände halten, so haben wir es doch bisher stets abgelehnt, irgend eine Profession auszuüben, um eine Branchenorganisation zum Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband zu veranlassen. Wir sind der Meinung, daß das eine Frage ist, welche die Mitglieder der in Betracht kommenden Organisation selbständig entscheiden müssen. Beschließen diese mit überwiegender Majorität den Anschluß, dann sind sie uns im Holzarbeiterverband willkommen, ziehen sie es vor, selbständig zu bleiben, dann respektieren wir diesen Beschluß, und es fällt uns nicht ein, denen, die ihn gefaßt haben, irgend einen Vorwurf zu machen.

Diese unsere Stellung bringt es mit sich, daß wir es vermeiden, in die Diskussionen einzugreifen, die schon in verschiedenen Organisationen über die Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband gepflogen wurden. Wir hätten auch im vorliegenden Fall von der Diskussion keine Notiz genommen, wenn nicht das Organ des Böttcherverbandes, die „Deutsche Böttcher-Zeitung“, ihre Begründung der Gegnerschaft gegen die Verschmelzung mit einer Kritik des Holzarbeiterverbandes verbunden hätte, welche wir, bei aller Anerkennung der Absichten, welche die „Böttcher-Zeitung“ verfolgt, doch nicht un widersprochen lassen können.

Die „Böttcher-Zeitung“ zieht Vergleiche zwischen den Unterstützungen, welche in den beiden Organisationen gezahlt werden, und wirft dem Verschmelzungsfreund, gegen den sie polemisiert, vor, er habe unterlassen, zu erwähnen, daß im Holzarbeiterverband neben dem Grundbeitrag von 50 Pf. noch ein wöchentliches Extrabeitrag von 35 Pf. gezahlt werde. Unseren Mitgliedern ist es bekannt, daß durchaus nicht in allen Zahlstellen 35 Pf. Extrabeitrag erhoben wird, sie wissen aber auch, daß dort, wo Extrabeiträge erhoben werden, entsprechende Zuschüsse zu den Verbandsunterstützungen gewährt werden. Es ist deshalb irreführend, wenn man die von der Hauptkasse gezahlten Unterstützungen zu einem Wochenbeitrag von 85 Pf. in Beziehung bringt. Direkt falsch ist es aber, wenn die „Böttcher-Zeitung“ sagt, der Holzarbeiterverband zahle kein Sterbezgeld. Diese Einrichtung existiert in unserem Verband seit dessen Bestehen, und zwar erhält der überlebende Ehegatte, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, 25 bis 75 Mk.

Es hätte natürlich keinen Sinn, wollten wir uns mit einer anderen Organisation in einen Streit darüber einlassen, wo die Mitglieder Aussicht haben, für die gezahlten Beiträge die höchsten Unterstützungen zu beziehen. Im Deutschen Holzarbeiterverband sind (wie das in allen modernen Arbeiterorganisationen sein sollte) die Unterstützungseinrichtungen nur Nebensache. Der Zweck unseres Verbandes ist die Begleitung günstiger Arbeitsbedingungen, und wir dürfen ruhig sagen, daß er in dieser Beziehung doch schon mancherlei geleistet hat. Wir nehmen zur Entschuldigung des Verfassers des Artikels in der „Böttcher-Zeitung“ an, daß er sich der Bedeutung seiner Worte nicht recht bewußt war, als er, die Haltung der Mitglieder des Böttcherverbandes bei ihrem Streit in Hamburg rühmend, die Frage aufwirft: „Wo wird der Holzarbeiterverband je in die Lage kommen, so energisch einzugreifen? Niemand kommt er in die Lage, ...“ Der Verfasser des Artikels wird bei ruhiger Überlegung zugeben, daß er sich hier doch wohl ein wenig verhasen hat. Ebenso glauben wir, daß er dem Vorstand des Böttcherverbandes ein wenig willkommeneres Kompliment macht, wenn er ihm nachsagt, er habe noch nie eine Lohnbewegung abgelehnt, selbst wenn deren Durchführung zweifelhaft erschien. Wir sind der Meinung, daß eine Verbandsleitung den Mitgliedern einen größeren Dienst erweist, wenn sie diese zu veranlassen versteht, von aussichtslosen Kämpfen von vornherein Abstand zu nehmen, und daß sie sich dessen durchaus nicht zu schämen braucht, wenn sie in die Lage gekommen ist, Anträge auf Eintritt in eine Lohnbewegung nicht genehmigen zu können.

In dem Eifer, die Mitglieder des Böttcherverbandes vor dem Holzarbeiterverband graulich zu machen, gibt die „Böttcher-Zeitung“ auch einige Zahlen über die Entwicklung

der Organisation unter den Drechslern und Stellmachern, welche die Werbekraft des Holzarbeiterverbandes unter diesen Berufen in nicht sehr günstigem Lichte erscheinen läßt. Diese Darstellung leidet aber an dem Fehler, daß die Zahlen nicht recht stimmen und dementsprechend ein schiefes Licht entwirft. Bei Gründung des Holzarbeiterverbandes im Jahre 1893 zählte die bis dahin selbständige Organisation der Drechsler 1957, die der Stellmacher 450 Mitglieder. Die Zahl der Drechsler im Deutschen Holzarbeiterverband war gestiegen bis zum Jahre 1904 auf 5929, 1905 auf 7291 und 1906 auf 8866. Die Zahl der Stellmacher stieg 1904 auf 3111, 1905 auf 4425 und 1906 auf 5069. Das sind immerhin etwas andere Zahlen, als die der „Böttcher-Zeitung“, sie haben aber gegen diese voraus, daß sie richtig sind.

Im übrigen bemerken wir nachmals, daß wir es ablehnen müssen, zu der Frage, ob sich der Böttcherverband mit dem Holzarbeiterverband verschmelzen soll, Stellung zu nehmen; wir fühlen uns nicht berufen, in dieser Beziehung Ratsschlüsse zu erteilen. Dagegen hielten wir es für unsere Pflicht, das schiefe Bild, welches in der Hitze des Gefechtes vom Holzarbeiterverband entworfen wurde, in einigen Punkten zu korrigieren.

Gewerkschaftliches.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erstattet in Nr. 4 des „Zentralblatt“ Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1907. Wir haben schon in Nr. 10 unserer Zeitung auf diesen Bericht Bezug genommen und möchten hier nur noch einige ergänzende Ausführungen über denselben machen.

Nach dem Bericht mußten in den letzten Jahren, „um den steigenden Anforderungen gegenüber gewachsen zu sein, bereits in allen Verbänden bedeutende Beitragserhöhungen durchgeführt und die Zahl der im Hauptberuf tätigen Angehörten bedeutend erhöht werden“. So wurden für die zwei „unerschlossenen und ausschichtsreichen“ Bezirke Mittel- und Norddeutschland Sekretariate mit dem Sitz in Erfurt und Hamburg errichtet, dagegen konnte das Berliner Sekretariat, weil überflüssig, eingezogen werden. In Bayern rechts des Rheins waren 21 Beamte angestellt (gegen 14 im Jahre 1906), in Schlesien 8.

Dem Streite mit dem Hirsch-Dunderschen Gewerkverein wird in dem Bericht ein besonderes Kapitel gewidmet. Die Hirsche haben versucht, „auf Kosten der christlichen Gewerkschaften und mit teilweise nicht einwandfreien Mitteln“ ihr Agitationsterrain zu erweitern. Das paßte den Gewerkschaftsschriften natürlich nicht, und deshalb, wie auch wegen der sonstigen Agitationsweise der Hirsche, sind die vom früheren Staatsminister v. Berlepsch eingeleiteten Schritte, zwischen beiden Gewerkschaftsgruppen die Kampfzweigen zu mildern und ein häufigeres Zusammenwirken derselben herbeizuführen, gescheitert.

Die Diensthöfen- und Landarbeiterfrage beschäftigte ebenfalls mehrfach die Leitung der christlichen Gewerkschaften. „Sinsichtlich der Organisation der Diensthöfen gelangte man nach mehreren Sitzungen und Konferenzen zu der Auffassung, daß die konfessionellen Frauenorganisationen am zweckmäßigsten sich derselben annähmen, also konfessionelle Diensthöfenorganisationen gegründet werden sollen.“ Das heißt man fluge Gewerkschaftspolitik treiben, wenn man die herrschaftlichen Damen mit der Organisation ihrer häuslichen Angestellten betraut. Nach diesem Rezept, das den Bod zum Gärtner macht, werden die christlichen Gewerkschaften sich künftig wohl selbst auflösen und die Erledigung ihrer Aufgaben den — Unternehmerorganisationen übertragen! In diesen Sinne ist wohl auch die Lösung der Frage der

Eintrag wird in dem Bericht über den geringen Erfolg der allgemeinen Streiksammlungen, die nur 19 601,09 Mk. einbrachten. — Im Generalsekretariat des Gesamtverbandes wurde im Berichtsjahr ein weiterer Beamter angestellt, dem vorzüglich der Ausbau der Registratur, Mitarbeit am „Zentralblatt“ und innere Verwaltungsarbeiten obliegen.

Interessant ist in dem Bericht des schlesischen Sekretariats das Eingeständnis: „Die größten Schwierigkeiten haben wir nach wie vor hervor bei Einführung unserer Organisationen bei den Arbeitgebern zu überwinden. Obwohl man sonst nicht im geringsten auf das Wohl der Arbeiter bedacht ist, bei dem Bekanntwerden einer Versammlung ist man sofort mit allen Warnungen vor den „faulen“ Agitatoren bei der Hand.“ „Eine Anzahl von Arbeitgebern glaubte den christlichen Gewerkschaften am besten durch ein Vorstelligwerden bei dem Herrn Kardinal-Bischof Ropp bekommen zu können und wandten sich deshalb an diesen.“ Dem wurde von dem christlichen Gewerkschaftssekretär vorgebaut, der sich nun seinerseits an Herrn Ropp wandte. Der Vorgang zeigt, wie sehr die christlichen Gewerkschaften noch unter der Beamtenhege zu leiden haben, die jahrelang von ihren Gönnern gegen die freien Gewerkschaften inszeniert worden ist.

Die Einnahmen des Generalsekretariats im Jahre 1907 beziffern sich auf 104 863 Mk., davon 49 896 Mk. (im Jahre 1906 35 636 Mk.) an Beiträgen. An Ausgaben entstanden 88 589 Mk., davon für das Zentralblatt 11 638 Mk., für das polnische Organ 6946 Mk., für das italienische Organ 4853 Mk., für das Generalsekretariat 6280 Mk., für das Bureau für Arbeitervertretung vor dem Reichsversicherungsamt 1620 Mk., für Agitation 19 540 Mk., für den Deutschen Arbeiterkongreß 1486 Mk.

Das „Zentralblatt“ erscheint in einer Auflage von 9200, das polnische Organ in einer Auflage von 4500 Exemplaren, während das italienische Organ nur 2500 Auflage hat.

Im Bäckerverband finden laut Anordnung des Vorstandes während der ersten Hälfte des März Abstimmungen

über die prinzipielle Stellung der Mitglieder zur Errichtung eines Industrieverbandes statt.

Der Leberarbeiterverband verzeichnete am Jahreschluss 1907 7874 Mitglieder, 7952 im Jahre vorher, was einen Rückgang der Mitgliederziffer um 78 im Jahre 1907 bedeutet.

Der Schneiderverband hatte Ende 1907 40 271 Mitglieder gegen 36 078 im Jahre vorher, was einer Zunahme im Jahre 1907 um 4193 Mitglieder entspricht. Bemerkenswert ist, daß im Jahre 1907 sich der Wäschearbeiterverband, der Ende 1906 5061 Mitglieder zählte, dem Schneiderverband angeschlossen hat. — Bei dieser Gelegenheit möchten wir mitteilen, daß sich die in Nr. 10 gemachten Mitteilungen über Mitgliederzahlen nicht auf den Schneiderverband, sondern auf den Schmiedeverband bezogen.

Der lokalistische Fliesenlegerverband hat auf seiner am 8. März in Dresden stattgefundenen Konferenz mit 10 gegen 7 Stimmen beschlossen, sich mit dem Maurerverband zu verschmelzen. Fallen seh' ich Zweig auf Zweig ...

Soziale Rechtspflege.

Der Verbandstag des Verbandes deutscher Gewerbevereine 1908 wird am 28. und 29. August in Jena abgehalten werden. Die Hauptthemen bilden „Die Konkurrenzklause“ und „Der Schutz der Lohnforderungen der Bauarbeiter“. Außer den geschäftlichen Punkten stehen noch folgende Referate auf der Tagesordnung: „Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag“, „Die Literatur über den Arbeitsvertrag“, „Die Überweisung von Rechtsstreitigkeiten vom Gewerbegericht an das Kaufmannsgericht und umgekehrt“, „Das Recht des Arbeitszeugnisses“, „Die Angliederung der Schlichtungskommission an die Einigungsämter“, „Die Vertretung vor dem Einigungsamt“, „Die Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte“. Zum Vorsitzenden des Ausschusses des Verbandes deutscher Gewerbevereine wurde in der Ausschusssitzung der erste Vorsitzende des Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, Magistratsrat v. Schulz, und zu Stellvertretern Dr. Fleisch-Frankfurt a. M. und Dr. Menginger-München gewählt.

Technisches.

Vom „Fachblatt für Holzarbeiter“, Jahrgang 1908, liegen nunmehr die drei ersten Hefte vor. Das Januarheft haben wir bereits besprochen, das Februarheft brachte eine Abhandlung Max Winters über „Die Wiener Werkstätte“ (mit 3 Abbildungen) und eine Studie Joseph Aug. Lur' über „Peter Behrens“ (ebenfalls mit 3 Abbildungen); ferner die Fortsetzung des Artikels des Architekten O. Winkelmüller über den Treppenaufbau. (Mit vielen Abbildungen.) Von dem sonstigen Inhalt des Heftes sind noch hervorzuheben eine Abhandlung über „Die wichtigsten Arten der Kugelhölzer“ und ein Artikel betitelt „Das Musikzimmer“. Das Heft enthält insgesamt 40 Abbildungen, darunter Reproduktionen von Arbeiten Joseph Hoffmanns, Peter Behrens', Alfred Grenaders und Oswin Hempels. — Aus dem Märzheft sind bemerkenswert eine Studie Joseph Aug. Lur' über Bernhard Pantok und eine Abhandlung Franz Fammers über den Götisch; ferner die Fortsetzung des Artikels des Architekten O. Winkelmüller über den Treppenaufbau. (Mit vielen Abbildungen.) Das Heft enthält insgesamt 58 Abbildungen, darunter Reproduktionen von Arbeiten Bernhard Pantoks, Karl Bertschs, Richard Knöbels, Margarete Junges und Oswin Hempels; ferner recht gute Originalzeichnungen von Willy Balsam, E. Manz und andere.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint monatlich einmal im Umfang von 24 Seiten und 2 Kunstbeilagen und ist von allen Verwaltungsstellen des Verbandes, allen Postanstalten sowie von der Expedition, Stuttgart, Adlerstraße 45, zum Preise von 1 Mk. pro Quartal zu beziehen. Die Zusendung erfolgt nur gegen Voreinsendung des Abonnementsbetrags.

Von dem Jahrgang 1907 sind noch mehrere Exemplare in geschmackvollem Einband auf Lager. Dieser Jahrgang enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters sowie recht gute Abhandlungen aus unserem Gewerbe. Der Jahrgang 1907 des „Fachblatt für Holzarbeiter“ bildet eine Zierde für jede Arbeiterbibliothek.

Bemerkenswert sei auch an dieser Stelle, daß Einbanddecken für den Jahrgang 1907 und 1908 gegen Voreinsendung von 1 Mk. für das Stück portofrei von der Expedition der Zeitschrift bezogen werden können.

Literarisches.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 24 des 26. Jahrgangs. Stuttgart. Verlag und Druck von Paul Singer. Preis pro Quartal (13 Hefte) 3,25 Mk., des Heftes 25 Pf.

Auch das neueste Heft der Neuen Zeit bringt fast ausschließlich Abhandlungen über die Bedeutung Karl Marx' für Arbeit und Wissenschaft. Aus dem Inhalt haben wir nur folgende Artikel hervor: Karl Marx zum Gedächtnis; Marx und das Proletariat in der bürgerlichen Revolution, von Henr. Roland-Holt; Karl Marx und sein politischer Gesichtspunkt, von Karvoss; Verkünder des Klassenkampfes vor Marx, von Th. Rothstein; Marx als Verfechter der Sklaverei, von Karl Kantak; Karl Marx und das Gleichnis, von Franz Mehring. — Die Neue Zeit sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monatschrift. Redaktion Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner. Jahrgang I Heft 6. Wien VI, Mariaböserstr. 89. Preis 6 Kr. pro Quartal, Einzelheft 50 Heller.

Das Märzheft der neuen wissenschaftlichen Revue der österreichischen sozialdemokratischen Partei ist dem Andenken Karl Marx' gewidmet. Das zeigt der reich-

haltige Inhalt dieses Heftes. Wir nennen nur folgende Abhandlungen aus demselben: Karl Renner: Karl Marx und die Arbeiter; Viktor Adler: Ein Brief von Friedr. Engels; Adolf Braun: Marx und die Gewerkschaften; May Adler: Marx und die Dialektik; G. Hermann: Karl Marx in Wien, und anderes. — Die Zeitschrift ist wissensdurstigen Kollegen zur Lektüre sehr zu empfehlen.

Briefkasten.

* Infolge Stoffandrangs mussten Korrespondenzen aus Eibenscheid, Mühlhörn und Schandau und ebenso ein Eingangs von W. K. für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Leidig. B. R. Gut gemeint, aber nicht verwendbar. Hohenzollern. N. Nicht abgestempelte Berichte dürfen

wir nicht aufnehmen. Wir könnten uns da eine schöne Suppe einbrocken. Der Bericht wird also nicht veröffentlicht. Hohenzollern. S. G. Aus denselben Gründen wird auch Ihr Eingangs nicht veröffentlicht. Wir wissen ja gar nicht, wer oder was Sie sind.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.
(G. S. 86, Hamburg.)

Bekanntmachung des Vorstandes.
Im verflochtenen Geschäftsjahr 1907 haben wir trotz der Zahlung von zwei Extrabeiträgen im dritten und vierten Quartal dem Reservefonds nicht das volle gesetzliche Fünftel der Einnahmen zuführen können.

Im ersten Quartal d. J. waren wir gezwungen, dem Reservefonds wiederum 2000 Mk. zu entnehmen, um den Gesuchen auf Zuschuß zu entsprechen. Es wurden bis jetzt 1800 Mk. an Überschüssen eingesandt und 3800 Mk. an Zuschüssen versandt.

Der Vorstand mußte infolge dieses in seiner Sitzung vom 10. d. Mts. auf Grund § 9 Absatz 1 des Statuts nochmals zwei Extrabeiträge, und zwar je einen Wochenbeitrag für das erste und zweite Quartal d. J. ausschreiben. Wir ersuchen hiermit unsere Verwaltungsbeamten, dieses den Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen und für diese beiden Quartale je 14 Wochenbeiträge zu leisten. Über das Weitere wird die Generalversammlung zu Pfingsten hier in Hamburg Beschluß zu fassen haben.
Der Vorstand.

Berichtungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Gambinus. u. a. Wd-änderung des Lokalstatuts.

Anzeigen.

Basel. Section des Schweiz. Holzarbeiterverbandes. Infolge außerordentlicher Arbeitslosigkeit, und weil die Tarife auf 1. Juli 1908 gekündigt sind, ist der Platz Basel zu meiden. — Umschauen ist streng verboten. **Baselstadt.** Der Arbeitsnachweis der höchsten Bahnhöfe befindet sich bei Kollege Stilling, Viehwandstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten. **Sonnauweh.** Vom 1. April ab befindet sich unser Verkehrslokal im Gasthaus Zur Traube, Rachelestraße. Messeunterstützung abends 7-8 Uhr. **St. Gallen u. S.** Die Messeunterstützung bezahlt der Kassierer Hans Wächter, Rorschacherstr. 62, 1. Etage, abends von 7 1/2-9 Uhr aus. Die reisenden Kollegen werden ersucht, den Kassierer nicht über die Mittagspause oder in der Werkstatt aufzusuchen. Kranke und Arbeitslose haben sich zu melden bei dem Bevollmächtigten Karl Drechsel, Gelfgasse 17. **Wetzlar.** Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Beguttenberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten. **Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwabacherstraße 71. Etz. 1. Umschauen ist strengstens verboten. Die Messeunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wehrstr. 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr. **Wittenberg a. d. Ruhr.** Die Verbandshäuser befinden sich bei Simon, Wittenbergstr. 95. Die reisenden Kollegen wollen nur da verschauen. **Wetzlar.** Arbeitsnachweis und Messeunterstützung bei Kol. S. Ficker, Untere Speichergasse 361, Ecke Höpferstraße. Geöffnet 1-8 Uhr. Umschauen streng verboten. Verkehrslokal: Gewerkschaftshaus, Grünstr.

Benedikt Seng, Schreiner, geb. 29. 12. 77 in Frankfurt a. M., verheiratet. Da er noch Verpflichtungen an unsere Kasse hat, so bitten wir die Verwaltungen und Mitglieder, ihn an seine Pflicht zu erinnern und seine Adresse an uns mitzutheilen. Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

Otto Hänel, Drechsler, geb. 28. 10. 1874 zu Marlenberg, hat in Gethahn 8 Mk. von einer Sammelkiste unterschlagen und ist von hier verschwunden, hat auch Frau und vier Kinder verlassen. Die Kollegen werden vor ihm gewarnt. Wer seinen Aufenthalt kennt, wird gebeten, die Adresse zu senden an Georg Schindler, Gethahn, Sachsen, Mühlengasse 28.

Josef Gail, Tischler, geb. 2. 3. 1880 zu Wasing, Bogen. 323545, wird um seine Adresse ersucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ebenfalls um Befundung der Adresse gebeten. Gerh. Kiechhoff, Kassierer, Berford, Westfalen, Johannisstraße 81.

Tüchtige Möbelpolierer auf alt Mahagoni zum Fertigmachen, sowie tüchtige **Möbelbeizer** verlangt sofort. **Süddeutsche Möbelfabrik Mannheim, Industriegebiet.**

Tüchtige Möbelschreiner auf feine, gutbezahlte Auftragsarbeit für dauernd gesucht. **M. Reutlinger & Co.,** Möbelfabrik am Bahnhofsplatz in Karlsruhe, Baden. **2 Tischlergesellen** sucht zum sofortigen Antritt auf Bau- und Möbelarbeit. **Karl Weeber, Klein-Silber Kreis Arnswalde, Brandenburg.**

Tüchtige Bau- u. Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung. Nur gute Kräfte wollen sich melden. **B. Niewerth, Baugeschäft Wernigerode i. Harz.**

Wernigerode. Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Kirsch, Große Dannewitzstraße 2a. Umschauen streng verboten.

2 tüchtige Bau- und Möbeltischler, die gut polieren können, stellt für dauernd ein **Aug. Stiegel, Zänkersdorf Kreis Jüterbog.**

Tüchtiger Fertigmachender auf Mahagoni und einige Beizer **Arbeitsnachweis Mannheim R 3 14 II.**

Drechsler gesucht speziell auf Uhrgehäuse eingerichteteter tüchtiger Arbeiter, unverheiratet. Offerten an **Richard Grunert, Beverley, England.**

Zwei tüchtige Korbmacher erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei **Witwe Pauline Winkler Gerischdorf i. Riesengebirge.**

2 Korbmacher erhalten auf Reiseförbe, Zoll 15 Pfg., 2 Korbmacher auf Rohr, Lohn nach Leistung, dauernde Arbeit zugesichert. **C. Hoffmann, Korbfabrik, Cassel Bäckerstraße 7.**

Zwei tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein **Witwe Th. Bormann Langermünde a. Elbe.**

Einen jungen, tüchtigen Korbmacher-gesellen auf Mattarbeit sucht für bald. **L. Wiegmann, Elze, Hannover.**

Suche einen tüchtigen Korbmacher-gehilfen auf grau gefärbte und gematte Arbeit bei gutem Lohn.

Peter Kittel Schwanheim bei Frankfurt a. M.

Tüchtiger Gestellarbeiter auf gestäbte Chaiselongue gesucht. **O. Gramke, Korbmacher, München Zweibrückenstraße 19.**

Ordentliche Korbmacher auf weiß gefärbte und Reparaturen (auch Rohrreparaturen) sucht **Fritz Wehner, Jena, Thüringen.**

Korbmacher auf Rohrarbeit geübt, finden Stellung. Lohn nach Tarif. **Gebr. Wolf, Bernburg.**

Korbmacher auf Rohrarbeit nach Tarif, Drillinge und Reistensörbe, stellen sofort noch ein **Oalm & Ahlfeld, Bernburg.**

Tüchtige Grisarbeiter für dauernd gesucht. **Oskar Steinhage & Co. Braunschweig, Bahnhofsstraße 14.**

5 Korbmacher gesellen auf grüne Mattarbeit sucht sogleich **Frau Helene Paul, Alt-Damm.**

2 Korbmacher auf Gestellarbeit finden dauernde Beschäftigung bei **J. Walterscheid Wittenberge, Bezirk Potsdam.**

Ein ordentlicher, mit der Herstellung von Bürstehälzern durchaus vertrauter Drechsler, der auch polierte Ware sauber zu arbeiten versteht, findet dauernde Arbeit bei gutem Lohn. **Niederheinische Bürsten- und Pinselfabrik H. Dinnendahl, Wesel a. Rhein.**

Tüchtigen Bürstenmacher sucht **Rob. Gündel, Stollberg i. Erzgebirge.**

Tüchtige und solide Pecher und Einzieher finden dauernde und gut lohnende Beschäftigung bei **S. G. S. & Co., Birkens a. Pinneberg Kreis Pinneberg, Hamburg.**

Tüchtige Pecher für dauernde Arbeit bei höchstem Lohn gesucht. Verheiratete bevorzugt. **R. Lodenkämper, Bürstenfabrik Barmen, Schützenstraße 10.**

2 tüchtige Bürstenmacher sofort gesucht. Eingelohnen 90 Pf., Bechen 2 Mk. **Herm. Riedl, Bürstengeschäft Perlesreuth, Niederbayern.**

Ca. 60 Stück Zinkzulagen sehr gut erhalten, 1100x370x3 mm, verkauft **König, Nixdorf, Kaiser Friedrichstr. 218.**

Karlruhe i. S. Für Schreiner und Glaser! Eine im Betrieb stehende mechanische Schreinerei mit vier Hobelbänken, gegründet 1874, seit 1891 mech. eingerichtet, ist mit oder ohne Anwesen zu verkaufen oder zu vermieten. Offerten bitte unter **S. G. 121** an die Exp. der Holzarbeiter-Ztg. zu richten.

Abziehsteine in nur bester Qualität, fein, mittel und grob ziehend, billig, liefert. **Otto Bergmann, Berlin SO. 33 Oppelner-Strasse 31. à 50 Pf., 80 Pf., 120 Pf., 200 Pf. Jeder verlange Kataloge gratis.**

Eingelegte Furniere für Nütsche, Schatullen, Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. **E. Biller, Marqueter, Heidelberg Theater-Strasse 7.**

Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 356 Seiten, geb. Mk. 1.20. In all. Buchhdl. zu haben od. geg. Einsf. von Mk. 1.40 bei **G. Stomke, Bielefeld.**

Angebot für Verbandsmitglieder Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften. Von **Adolf Braun.** Wir sind in der Lage, diese im Verlag von Dietz Nachf. in Stuttgart erscheinende, äußerst wertvolle Broschüre unseren Mitgliedern zu einem billigen Vorzugspreis zu liefern, und zwar broschiert zu 40 Pf., gebunden zu 60 Pf. pro Exemplar. Porto 10 Pf. pro Exemplar extra.

Almanach für das Jahr 1908. Von dem Almanach ist noch ein kleiner Vorrat vorhanden. Preis 50 Pf., Porto 10 Pf. pro Exemplar. Wir bitten um baldige Bestellungen. **Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stuttgart, Königsplatz 44.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. Kirchenweg 14. **Dir. Carl Maßbaum.**

DETMOLO & GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE Programm frei. Direktor Reineking. Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos.

Paul Horn Politur- und Lack-Fabrik * Hamburg 23 *

Nach meinem durch zwei deutsche Reichspatente geschützten neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzfähigem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht eine sofortige Porenfüllung man erspart Material, Zeit, Arbeit erzielt: edlen unverfälschten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes Gelassenschnitz, Riffwerk, den der Politurbede, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zulieren der Poren spritzfähigem Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder gekauft wird.

Ich verführe zum Versuch ein Kistchen enthaltend: 1 Flasche Marmor-Monopolitur-Extrakt zum Grundpolieren 1 „ Neutral-Schellack-Politur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren 1 „ Patent-Politur zum Reinspolieren 1 „ allerfeinsten Polier-Glanzack, blond zum Ausziehen von Kehlstein usw. 1 „ allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerack) Schleif- und Polierack, gelblich (Holz-) 1 „ Polierpulver, feinstes Marke „ Horn 1 „ Polierpulver, gemischte Qualität 1 „ Polierpulver, hellbraun 1 „ Kiste Internationalität (Polierack), blond, 3. Qualität schabbarer Holzstellen 1 Stück Korbschleifblock, 120x75x30 mm zum Ausnehmen. franco inkl. Emball. Preis von **8 Mk.** (Lage gegen Nachn. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo zum Versuchs-polieren à 8 Mk.**

Mein Lehrbuch über das Zeichnen, Machen, Schleifen des Holzes enthält in klarer, verständlicher, fachwissenschaftlicher Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Zeichentafel und Preisverzeichnis über 180 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Melmann-Berlin, Prof. Dr. Otto Kar Lenckes-Berlin, Prof. Eh. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammer-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Tech. Gewerbe-Museum), L. f. Staatsgewerbeschule-Strag, Direktor Jos. Gofsmann-München. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. **Preis M. 1.50.**

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

aubsägerei * * * Kerbschnitzerei, Holzbraunmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Maxdorf 95 (Pfalz).** Reichhalt. Katalog gratis u. franco. **Ausbügelholz** bau 1 Mark an.

Verlag von Theodor Leipart in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Sachblatt für Holzarbeiter
Kunstgewerbe- und Sachzeitschrift
Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband
Preis pro Jahrgang in geschmackvollem Originalband gebunden 5 Mark, ungebunden 4 Mark

Der Jahrgang 1907 liegt jetzt vollständig vor und kann von dem unterzeichneten Verlag gegen Voreinsendung von 5 resp. 4 Mark nachbezogen werden. Er enthält mehr denn 550 Abbildungen aus der Praxis des Holzarbeiters, darunter Reproduktionen von Arbeiten unserer bedeutendsten Innenarchitekten, wie Richard Niemerschmid, Bruno Paul, Henry Van de Velde, Baillie Scott u. a. Ferner gute textliche Beiträge der ersten kunstgewerblichen Schriftsteller, so Josef Aug. Eug. Hermann Muthesius, Franz Sammler u. a. und hervorragende fachtechnische Artikel, so aus der Feder des Architekten und Kunstgewerbeschullehrers D. Winkelmüller folgende Arbeiten: Türen, Tore und Windfänge (mit 109 Abbildungen), Holzdecken (mit 26 Abbildungen), Fußböden (mit 28 Abbildungen), Wandtäfelungen (mit 30 Abbildungen). Zahlreichen Bestellungen steht entgegen

Der Verlag des Sachblatt für Holzarbeiter
Stuttgart, Adler-Strasse 43.